



Starke Wirtschaft – starkes Land

BWIIHK-Impulse für die 17. Legislaturperiode



IHK

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Herausforderungen, die wir jetzt gemeinsam angehen müssen

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Wirtschaft steckt mitten in einer einschneidenden Phase, in der über nicht weniger als die zukünftige Bedeutung von „Made in Baden-Württemberg“ entschieden wird. Es geht um die weitere Transformation von Prozessen und Geschäftsmodellen. Dies beinhaltet die Digitalisierung ganzer Wirtschaftszweige, welche mit der Weiterentwicklung ihrer Produkte über viele Jahrzehnte Garant für Absatz, weltweite Nachfrage und Renommee des ganzen Standorts waren. Die kommenden fundamentalen Veränderungen können unsere Unternehmen mitgestalten, wenn sie den Wandel jetzt schaffen. Gemeinsam können wir die Zukunft Baden-Württembergs formen – mit dem Innovationsgeist der Wirtschaft und der richtigen Innovationspolitik des Landes: technologieoffen, chancengreifend und ohne Scheuklappen. Denn die Corona-Pandemie zeigte uns als ökonomische „lesson learned“ doch deutlich: Wir in Baden-Württemberg können uns nach wie vor raschen Veränderungen anpassen und wissen diese für uns zu nutzen – sei es bei der ad-hoc Verlagerung ganzer Betriebe und von Geschäftsmodellen ins Home-Office wie auch bei der zügigen Digitalisierung notwendiger Prozesse. Diesen Schwung müssen Wirtschaft und Politik zusammen nutzen.

Corona und die letzten Jahre zeigten klar auf, wie bedeutend der weltweite, freie Handel ohne Schranken und Hemmnisse für alle Volkswirtschaften ist. Wollen wir ökonomisch im Land, im Bund und in Europa wieder Fahrt aufnehmen, müssen wir die richtigen Weichen jetzt stellen. Gemeinsam können wir ein zukunftsweisendes „Made in Baden-Württemberg“ entwickeln. Genau dafür ist es an der Zeit. Sachverständige wie der Rat der Wirtschaftswissenschaften mahnen zu Recht Wege an, die mit Maßnahmen und Konjunkturprogrammen das Ziel verfolgen, nicht allein Nachfrage und Umsatz zu stärken, sondern genauso den notwendigen Strukturwandel sinnvoll zu unterstützen.

Damit dies gelingt, haben wir verschiedene **Handlungsansätze in vier zentralen Säulen** zusammengetragen, um diesen Herausforderungen eine klare Struktur zu geben.



Erstens gilt es, den Standort attraktiv zu halten und Wertschöpfung dort zu fördern, wo immer es uns gemeinsam möglich ist. Die Industrie und der größte Teil unserer KMU stecken mitten im Transformationsprozess, Corona zum Trotz. Ein kurzfristiger Perspektivwechsel war notwendig, wir fokussieren uns jetzt aber auf die Aufgaben und Herausforderungen, die vor uns liegen.



Zweitens müssen wir unsere Innovationskraft sichern und die Wirtschaft der Zukunft prägen – in allen Branchen. Dieser Erfindungsreichtum hat uns an die Spitze gebracht und bleibt Nucleus unseres Schaffens. Er muss jetzt nach Kräften gefördert werden.



Drittens erlebt jeder Einzelne, seien es Unternehmer, Arbeitnehmer oder Selbstständige, wie wichtig gute digitale Infrastrukturen sind. In Breitband und 5G zu investieren und dafür zu werben, darf nun keine Frage mehr sein.



Viertens zeigt uns die Corona-Pandemie deutlich auf, dass es die Fachkräfte sind, welche unsere Wirtschaft und Gesellschaft in jeder Zeit und unter größten Herausforderungen am Laufen halten. Die duale Aus- und Weiterbildung bietet dafür das richtige Rüstzeug. Gemeinsam müssen wir dieses Fundament weiter stärken und bewerben.

Bei all diesen Aufgaben können Sie sicher sein: Die IHK-Organisation unterstützt Unternehmerinnen und Unternehmer aktiv und tatkräftig. Beispielsweise bei den Soforthilfe- und Konjunkturprogrammen von Land und Bund zur Abfederung der Corona-Folgen sowie mit bewährten IHK-Instrumenten. Ebenso bei politischen Impulsen für eine nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsgeschehens, für die wir mit politischen Akteuren aller Parteien und Aktionsebenen im ständigen, intensiven Dialog stehen. Über gemeinsamen Einsatz werden wir zurück in die Erfolgsspur finden – mit starken Umsätzen und Beschäftigungssicherung. Zusammen schaffen wir so auch den digitalen Strukturwandel und die Transformation, fördern und entwickeln Innovationen. Wir sind für alle Aufgaben bereit – heute und in Zukunft, gemeinsam mit den Unternehmen und der Politik.

Wolfgang Grenke
BWIHK-Präsident

Übersicht

1. Standortpolitik und Wertschöpfung attraktiv halten	4
Unternehmertum ganzheitlich denken und stärken	4
Gewerbestandorte erweitern und sichern	6
Internationalisierung vorantreiben	8
Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten	10
Einzelhandel unterstützen	12
Gesundheitswirtschaft voranbringen	14
Medienpolitik für morgen gestalten	16
Tourismus weiter ausbauen	18
2. Die Wirtschaft der Zukunft prägen	20
Innovationskraft sichern	20
Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen	22
Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren	24
Klimaschutz gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten	26
3. Zentrale Infrastrukturen ausbauen	28
IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen	28
Energieversorgung: sicher und bezahlbar	30
Verkehrswege ausbauen und erhalten	32
4. Lebenslanges Lernen fördern und Fachkräftepotentiale erschließen	34
Berufliche Bildung stärken	34
Berufliche Weiterbildung in den Fokus rücken	36
Wissenschaftsstandort stärken	38
Fachkräfte sichern	40



Unternehmertum ganzheitlich denken und stärken

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Kleine und mittelständische Unternehmen bilden das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft. Sie sorgen für wirtschaftliche Stabilität und Wachstum, sind Garant für eine hohe Beschäftigung sowie für innovative Produkte und Dienstleistungen. Den Fortbestand des Mittelstands sowie dessen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit gilt es besonders vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zu sichern. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind durch die Pandemie in ihrer Existenz bedroht. Zudem sinken die Gründungszahlen seit Jahren kontinuierlich.

Die Landesregierung ist aufgerufen Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzuschwächen. Mehr Liquidität für die Unternehmen und eine Verstärkung bestehender Förderungen sind hierbei zentral. Notwendig sind daher Maßnahmen, die Unternehmen gezielt in den jeweiligen Phasen ihres Lebenszyklus stärken:

- Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern
- Kooperation und Austausch von Start-ups und etablierten Unternehmen weiter fördern
- Unternehmensfinanzierung und -förderung weiterentwickeln

Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern

Alle Phasen des Unternehmertums unterstützen

Mit der 2017 eingerichteten Landeskampagne „Start-up BW“ wurde die Sichtbarkeit des Gründerlandes Baden-Württemberg verbessert. Dabei sollte auch das klassische Gründungsgeschehen weiterhin im Blick behalten werden.

In der Festigungs- und Wachstumsphase gilt es, die am Markt tätigen Unternehmen insbesondere in schwierigen Phasen mit auf ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ gerichteten Maßnahmen zu unterstützen und deren Existenz zu sichern.

Bei der Unternehmensnachfolge müssen Maßnahmen der frühzeitigen Sensibilisierung der Übergeber fortgeführt und verstärkt werden. Hierzu gehört z. B. der Einsatz von Nachfolge-moderatoren oder ein Nachfolgepfel des Landes, der das notwendige Bewusstsein schafft.

Bürokratische Hürden für Unternehmer abbauen

Die Bemühungen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse müssen weiter intensiviert werden. Konkrete Beispiele sind die Vereinfachung der öffentlichen Förderung bei Unternehmensgründungen sowie eine klare Auslegungshilfe bei der Anwendung des neuen Erbschaftsteuerrechts des Bundes.

Stimme der Wirtschaft



Um die Wirtschaft nachhaltig zu stabilisieren gilt es, auch nach Durchschreiten der Talsohle unbürokratische Kredit- beziehungsweise Fördermittelvergaben beizubehalten sowie einfachere Finanzierungswege zu unterstützen.

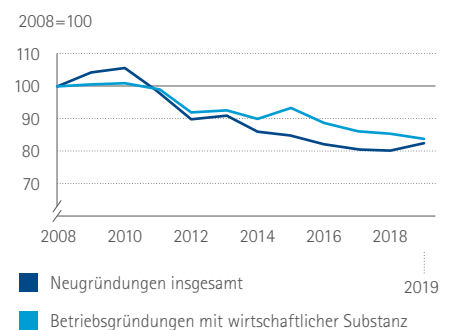
Harald Unkelbach, Mitglied der Geschäftsleitung der Adolf Würth GmbH & Co. KG und Vorstand der Stiftung Würth, Präsident IHK Heilbronn-Franken

Forderungen



- Alle Phasen des Unternehmertums unterstützen
- Bürokratische Hürden für Unternehmer abbauen

Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg seit 2008



Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik
© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2020

Kooperation und Austausch von Start-ups und etablierten Unternehmen weiter fördern

Vernetzung ausbauen und Kooperationsprojekte stärken

Start-ups können vom Know-how der etablierten Unternehmen und etablierte Unternehmen von der Kreativität der Start-ups profitieren. Daher sollten Plattformen zum Austausch und zur Vernetzung beider geschaffen und ausgebaut werden. Von einer gemeinsamen Zusammenarbeit profitieren beide Partner. Das erfordert neben der engen Kommunikation aber auch ein gegenseitiges Verständnis. Der Fokus der regionalen Start-up Ökosysteme sollte sich daher auf die Förderung und den Ausbau der entsprechenden Zusammenarbeit richten. Die IHKS bieten hier ihre Unterstützung an.

Unternehmensfinanzierung und -förderung weiterentwickeln

Finanzierung von Unternehmen vereinfachen

Der Zugang zu Finanzierungsmitteln ist zu vereinfachen. Als Folge der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Einbußen müssen auch erfolgreiche Unternehmen ungeplante Kredite aufnehmen, um weiter am Markt überleben zu können. Unkomplizierte Kreditantragsprozesse, die Erhöhung der Risikotragfähigkeit der Banken und eine Verschlan- kung der bankseitigen Prüfindensität können den Prozess vereinfachen und zeitlich deutlich verkürzen.

Förderprogramme anpassen und Beratungsförderung intensivieren

Die Förderprogramme des Landes sind regelmäßig zu evaluieren und wenn nötig anzupassen. Unbegründetes Fortbestehen von Programmen ist durch eine laufende Überprüfung oder zeitliche Befristung zu verhindern.

Die Beratungsförderung des Landes ist fortzuführen und ausreichend zu dotieren. Für die Post-Corona-Zeit gilt es insbesondere das Beratungsangebot zur Unternehmenssicherung zu erweitern. Notwendig ist ein spezifisches Angebot für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Zukünftig sollten sich die Förderprogramme auf Förderung der Resilienz der Unternehmen fokussieren, um insbesondere neue Formen der Arbeit, Geschäftsmodelle, Produkte, Entwicklung und Innovationen im Allgemeinen zu fördern.

Bürgschaften und Beteiligungen von Bürgschaftsbank und Mittelständischer Beteiligungsgesellschaft (MBG), die den Steuerzahler nicht belasten, leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Unternehmensfinanzierung. Eine temporäre Erhöhung der Bürgschaftsquote ist zu prüfen. Dies könnte einen Anreiz für zusätzliche Investitionen und Existenzgründungen schaffen.

Beteiligungskapital stärken

Der Zugang zu Beteiligungskapital in der Gründungs- und Wachstumsphase sollte erleichtert werden. Öffentliches Wagniskapital ist weiter auszubauen. Gesetzliche Hemmnisse für Investoren sollten abgebaut und die steuerlichen Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Investoren verbessert werden.

Forderung



- *Vernetzung ausbauen und Kooperationsprojekte stärken*

Forderungen



- *Finanzierung von Unternehmen vereinfachen*
- *Förderprogramme anpassen und Beratungsförderung intensivieren*
- *Beteiligungskapital stärken*

Verwandte Positionen



- *Wissenschaftsstandort stärken*
- *Gewerbestandorte erweitern und sichern*

Ansprechpartner:

Dr. Helmut Kessler  07131 9677-110  helmut.kessler@heilbronn.ihk.de  bw.ihk.de

Gewerbestandorte erweitern und sichern

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Das Land Baden-Württemberg ist die drittstärkste Wirtschaftskraft im Bundesgebiet (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2019) und erbringt über ein Siebtel des deutschen Bruttoinlandsprodukts. Eine prosperierende Wirtschaft wie unsere ist auf ausreichende und attraktive Gewerbe- und Industriegebiete angewiesen, die eine moderne Infrastruktur (z. B. Glasfaseranschluss) aufweisen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen den Unternehmen attraktive Möglichkeiten für Wachstum und Veränderung geboten werden. Schließlich ist es in erster Linie die Wirtschaft, die durch Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen Wertschöpfung und Kaufkraft in einer Region sicherstellt und immer wieder neu schafft.

Gewerbe- und Industrieflächen stellen neben ausreichend Wohnraum aber ein knappes Gut dar, das zudem starke Emotionen hervorruft. Die IHK-Organisation im Land fordert daher:

- Zukunftsfähige Gewerbeflächen schaffen
- Ländlichen Raum stärken

Zukunftsfähige Gewerbeflächen schaffen

Standort durch bedarfsgerechte Flächenplanung sichern

Für zukunftsfähige Gewerbeflächen sind eine optimale und ressourcenschonende Flächen-nutzung sowie zukunftsorientierte Mobilitäts-, Energie- und Logistikkonzepte notwendig. Die Grundlagen hierfür müssen bereits in der Bauleitplanung gelegt werden. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur nachhaltigen Gewerbeflächennutzung sind frühzeitig und flächendeckend im Planungsrecht und bei der Ausweisung von Gewerbegebieten zu beachten. Dabei sollte eine Priorisierung auf der Beschleunigung von derzeitigen Planungsvorhaben liegen.

Zur nachhaltigen Sicherung des Standorts brauchen die baden-württembergischen Unternehmen Flächen in ausreichender Größe und Qualität, um Planungssicherheit zu haben. Auch mit einer qualitätsorientierten Innenentwicklung und Nachverdichtung werden zur Deckung des Gewerbeflächenbedarfs in Zukunft Neuausweisungen von Flächen erforderlich sein.

Die aktuellen Plan- und Genehmigungsverfahren sind aber teilweise sehr langwierig, weshalb hier dringender Handlungsbedarf besteht, um die Prozesse entsprechend zu beschleunigen. Die Verfahrenserleichterungen für Straßeninfrastrukturprojekte sollten daher auch für Gewerbeflächen gelten.

Die Flächennutzung muss in der Öffentlichkeit objektiv und faktenbasiert diskutiert werden – auch von kommunalen und regionalen Politikern.

Stimme der Wirtschaft



Gewerbe- und Industriegebiete sind Orte der Wertschöpfung, in denen unser Wohlstand geschaffen und gesichert wird. Sie müssen daher die positive Anerkennung und Aufmerksamkeit erfahren, die ihnen zusteht.

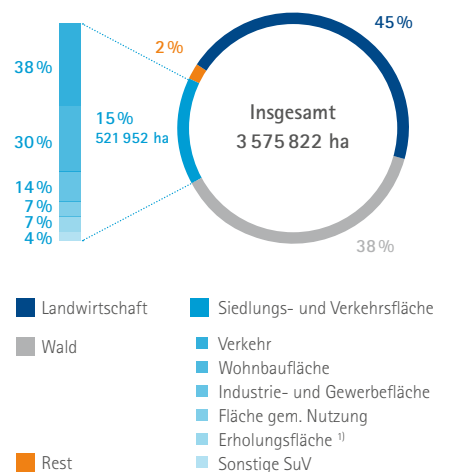
Birgit Hakenjos, Geschäftsführerin HAKOS Präzisionswerkzeuge Hakenjos GmbH, Präsidentin IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg

Forderung



- Standort durch bedarfsgerechte Flächenplanung sichern

Bodenfläche in Baden-Württemberg 2018



¹⁾ Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche

Landesentwicklungsplan anpassen, Anbindegebot erleichtern

Grundlage und Maßstab für die Ausweisung von Gewerbegebieten ist auch der Landesentwicklungsplan. Aufgrund zunehmender Flächenknappheit sowie Naturschutz- und Umweltauflagen wird es immer schwieriger, bei großflächigen Gewerbebeständen das sogenannte Anbindegebot einzuhalten. Der BWHK setzt sich deshalb dafür ein, den Landesentwicklungsplan anzupassen und Ausnahmen zuzulassen. Mögliche Maßnahmen wären Gewerbeflächenausweisungen an Autobahnanschlussstellen, Anschlussstellen vierstreifiger Bundesstraßen oder auch bei interkommunalen Gewerbe- oder Industriegebieten.

Reform der Grund- und Gewerbesteuer forcieren

Die baden-württembergische Wirtschaft benötigt investitions- und wachstumsfreundliche Standortbedingungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Aufgrund der einseitigen Belastungswirkung der Gewerbesteuer sollte das längerfristige Ziel sein, diese durch einen von den Kommunen in Eigenverantwortung festzusetzenden Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer nebst einem verstetigenden Teil an einer Gemeinschaftssteuer, zum Beispiel der Lohn- oder Umsatzsteuer, zu ersetzen. Zudem sollte die Reform der Grundsteuer dafür genutzt werden, sie - zumindest auf Landesebene - möglichst einfach, bürokratiearm und ohne höhere Belastungen für die Unternehmen auszugestalten.

Ländlichen Raum stärken

Neues Bewusstsein für ländliche Räume initiieren

Soll die Fläche Baden-Württembergs auch in Zukunft konkurrenzfähig sein, muss das Land - begleitet von Wirtschaft und Spitzenverbänden - ein neues Bewusstsein für die ländlichen Räume initiieren. Vor allem im ländlichen Raum muss dabei eine moderne Infrastrukturanbindung gewährleistet sein, um mögliche Standortnachteile zu Ballungsräumen auszugleichen. Es gilt, neue Zukunftskonzepte auch in der Fläche zu gestalten und zu testen. Das Gebot der Stunde ist daher, die Regionen von Landesseite anzuregen, eigene Strategien zur Erhaltung und ständigen Revitalisierung ihrer Standortvorteile zu entwickeln und sie hierbei vielfältig zu unterstützen. Landeseitig könnte ein Investitionsfond für Kommunen, der Investitionsanreize setzt, eine Lösung sein. Durch die Bereitstellung leistungsfähiger Infrastruktur von Verkehrswegen, digitalen Netzen und Energieversorgungsnetzen kann in der Fläche die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gestärkt werden.

Interkommunales Flächenmanagement stärker fördern

Damit Flächen ihrer bestmöglichen Nutzung zukommen können, ist verstärkt in großräumigen Zusammenhängen zu denken. Im Standortverbund mit benachbarten Kommunen gilt es, interkommunales Flächenmanagement zu betreiben, um ausreichend Gewerbeflächen und Gewerbegebiete anzubieten. Entsprechende Anreize für interkommunale Kooperationen zur Entwicklung von leistungsfähigen Gewerbebeständen müssen stärker gefördert werden und die notwendigen planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sein.

Forderungen



- Landesentwicklungsplan anpassen, Anbindegebot erleichtern
- Reform der Grund- und Gewerbesteuer forcieren

Forderungen



- Neues Bewusstsein für ländliche Räume initiieren
- Interkommunales Flächenmanagement stärker fördern

Verwandte Positionen



- IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen
- Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten
- Verkehrswege ausbauen und erhalten

Ansprechpartner:

Sven-Eric Brune 0721 174-129 sven-eric.brune@karlsruhe.ihk.de bw.ihk.de
 Sebastian Schieder 0711 2005-1266 sebastian.schieder@stuttgart.ihk.de bw.ihk.de

Internationalisierung vorantreiben

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die baden-württembergische Wirtschaft hat in der vergangenen Dekade außerordentliche Erfolge erzielt – gerade auch Dank ihrer internationalen Geschäftsausrichtung. Allerdings sorgen verschiedene politische Entwicklungen im Ausland, wie beispielsweise Handelskonflikte oder das immer noch unklare Folgeabkommen mit Großbritannien nach dem Brexit, für erhebliche Verunsicherung. Dies zeigen regelmäßige Konjunkturumfragen des BWIHK. Ebenso stellen die unterschiedlichen Regelungen der Dokumentations- und Meldepflichten bei Entsendungen – selbst in Europa – die Unternehmen vor erhebliche Herausforderungen. Für die stark exportorientierte baden-württembergische Wirtschaft sind derartige Entwicklungen deshalb schädlich. Sie verkomplizieren Exportgeschäfte, machen sie risikoreicher und erschweren durch neue Handelsbarrieren die internationale Arbeitsteilung. Dabei gilt ein einfaches Prinzip: Von offenen Märkten profitieren alle Länder. Deshalb sollte sich die Landespolitik für folgende Punkte einsetzen:

- Zielorientierte Außenwirtschaftsförderung betreiben
- Breitere Förderung von Auslandsmessen
- Für Vollendung des europäischen Binnenmarkts stärker eintreten

Zielorientierte Außenwirtschaftsförderung betreiben

Außenwirtschaftsförderung an den Bedürfnissen der Betriebe ausrichten

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren ihre Außenwirtschaftsförderungsinstrumente immer weiter aufgefächert und so zusätzliche Organisationen geschaffen, wie beispielsweise Clusterinitiativen oder Landesgesellschaften. Durch diese Zwischenschaltung vieler Akteure ist der Informationsfluss indirekter geworden. Der BWIHK fordert daher, die Außenwirtschaftsförderung wieder direkter auf die Firmen auszurichten. Ansprechpartnerstrukturen und Zugänge sollten evaluiert und an die Bedürfnisse der Betriebe angepasst werden, um gerade KMU-spezifische Anforderungen erfüllen zu können. Damit kommt die Förderung direkt bei den Unternehmen an.

Freien Handel aktiv unterstützen und erhalten

Die Landespolitik muss alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreifen, um einen offenen, freien, fairen und nachhaltigen grenzüberschreitenden Handel zu erhalten. Daher sollte die Landespolitik gemäß ihrer Möglichkeiten und Einflussfelder darauf hinwirken, moderne Freihandels- und Investitionsschutzverträge der EU auf nationaler Ebene schnell zu ratifizieren und gleichzeitig die breite Akzeptanz in Wirtschaft und Gesellschaft durch transparent ausgewogene Regelungen legitimer Kritikpunkte sicherzustellen. Verlässliche globale Handelsregeln und die Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation (WTO) sind dabei elementar. Die Landespolitik muss ihre politische Türöffner-Funktion in Märkten mit hoher Staatsquote ausbauen.

Stimme der Wirtschaft



Wir produzieren für den Weltmarkt und sind dabei auf einen reibungslosen Export angewiesen. Denn für Deutschland galt und gilt: Selbst wenn wir wollten, könnten wir im Land gar nicht all die Produkte konsumieren, welche wir herstellen – und das ist in einer globalisierten Welt gut so!

Marjoke Breuning, geschäftsführende Gesellschafterin Maute-Benger GmbH, Vizepräsidentin BWIHK, Präsidentin IHK Region Stuttgart

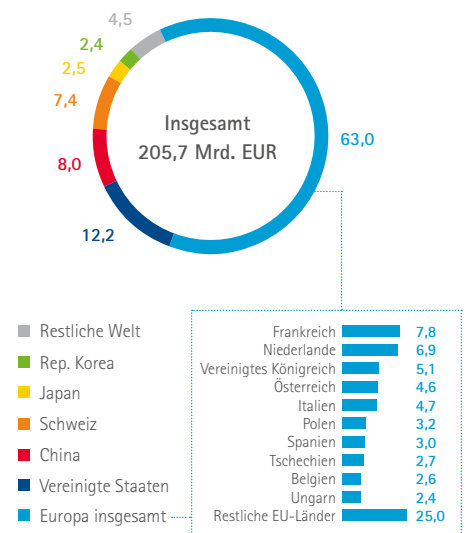
Forderungen



- Außenwirtschaftsförderung an den Bedürfnissen der Betriebe ausrichten
- Freien Handel aktiv unterstützen und erhalten

Exporte Baden-Württembergs

Anteile in % nach Bestimmungsländer



Daten: 2019, vorläufige Werte.
Quelle: Außenhandelsstatistik, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Breitere Förderung von Auslandsmessen

Messebeteiligungsprogramm in jedem Land sicherstellen

Beim baden-württembergischen Messebeteiligungsprogramm ist eine Förderung in allen Ländern sicherzustellen, auch in den EU-Mitgliedstaaten. Dies muss zudem für KMU-relevante Weltleitmessen unabhängig vom Gastland gelten.

Förderung von Gruppenbeteiligungen an Auslandsmessen wieder einführen

Eine generelle Unterstützung bzw. Förderung von Gruppenbeteiligungen an Auslandsmessen sollte wieder eingeführt werden, sofern sich genügend Firmen (mindestens drei) für eine Teilnahme mit dem Wunsch eines gemeinsamen Auftritts einfinden. Die Finanzierung könnte dabei über eine Umverteilung von bestehenden Budgets im Außenwirtschaftsbereich erfolgen.

Für Vollendung des europäischen Binnenmarkts stärker eintreten

Nationale Barrieren abbauen und regionale Zusammenarbeit vorantreiben

Um für die baden-württembergische Wirtschaft weitere Wohlfahrtsgewinne durch den Handel mit EU-Staaten zu erreichen, soll die Landespolitik darauf einwirken, dass die stark angewachsenen nationalen Barrieren abgebaut und der Binnenmarkt vollendet wird. Dabei gilt weiterhin, dass die Grenzen für alle offen sein müssen, damit die Grundfreiheiten gewahrt werden.

Für einen reibungslosen Waren- und Dienstleistungsverkehr sind eingespielte Lieferketten von entscheidender Bedeutung. Daher müssen diese möglichst schnell reaktiviert werden können. Für die Lieferketten ist es zudem von entscheidender Bedeutung, dass die Grenzen jederzeit insbesondere für Warenverkehr, Berufspendler, Vertriebs- und Servicemitarbeiter, Einkäufer oder Geschäftsführer offen bleiben und innerhalb des europäischen Binnenmarktes dieselben Regeln gelten. Nur so können Logistikketten funktionieren und nur so können Maschinen, Anlagen und Dienstleistungen ausgeliefert beziehungsweise erbracht werden. Daher sollte das aktuelle Lieferkettengesetz entschärft werden.

Die Landespolitik muss sich mit Elan und Herz auf allen Ebenen für die baden-württembergischen Wirtschaftsinteressen, eine handlungsfähige EU und mehr regionale Zusammenarbeit einsetzen.

Mit dem Ziel, den gegenseitigen Marktzugang zu erleichtern und zukunftsfähig zu machen, soll die Landespolitik zudem das Augenmerk auch auf Drittstaaten richten. So ist die Schweiz drittgrößter Handelspartner Baden-Württembergs und das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ist weiter voranzutreiben. Die bilateralen, sich bereits auf hohem Niveau befindenden Beziehungen mit unserem Nicht-EU-Nachbarn Schweiz sind weiter auszubauen. Insbesondere die Regelungen aus den deutsch-schweizerischen Abkommen zum ‚kleinen Grenzverkehr‘ sind großzügig umzusetzen. Der freie Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr ist weiter zu liberalisieren und noch vorhandene Hemmnisse wie z. B. die 8-Tage Voranmeldefrist bei Dienstleistungserbringung oder auch in der Infrastruktur bei der Stauproblematik an den Grenzübergängen müssen angegangen werden.

Restriktive bürokratische Vorgaben abbauen

Die Wirtschaft im Land fordert die Landespolitik auf, sich für den Abbau von restriktiven bürokratischen Vorgaben einzusetzen. Dies gilt sowohl auf EU-Ebene als auch in den Mitgliedstaaten. Sie soll sich stark machen und sich bei der Entsendung von Arbeitnehmern auf Basis der A1-Bescheinigung nachhaltig dafür positionieren, dass diese abgeschafft oder zumindest deutlich vereinfacht wird. Die Unterstützung zur Einführung einer A1-Langzeitbescheinigung sowie einer europäischen Sozialversicherungsnummer sollten vom Land offen diskutiert werden.

Forderungen



- *Messebeteiligungsprogramm in jedem Land sicherstellen*
- *Förderung von Gruppenbeteiligungen an Auslandsmessen wieder einführen*

Forderungen



- *Nationale Barrieren abbauen und regionale Zusammenarbeit vorantreiben*
- *Restriktive bürokratische Vorgaben abbauen*

Verwandte Positionen



- *Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren*
- *Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten*

Ansprechpartner:

Tassilo Zywiets 0711 2005-1231 tassilo.zywiets@stuttgart.ihk.de bw.ihk.de
Matthias Kruse 0621 1709-220 matthias.kruse@rhein-neckar.ihk24.de bw.ihk.de

Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Das Verarbeitende Gewerbe erwirtschaftet in Baden-Württemberg ca. ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes – das ist national und international Spitze. Besondere Kennzeichen Baden-Württembergs sind neben international bedeutenden Großunternehmen auch die mittelständische Struktur sowie weit verzweigte und tiefe Wertschöpfungsketten. Dieser industrielle Kern ist Treiber von Forschung und Entwicklung, Impulsgeber für alle anderen Sektoren, Vorreiter beim Einsatz von Klima- und Umwelttechnologien sowie bedeutender Arbeitgeber und Ausbilder. Es gilt daher, diesen Nucleus zu schützen und durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik zu unterstützen. Die Landespolitik sollte sich daher für folgende Maßnahmen einsetzen:

- Standortbedingungen verbessern und verlässlich gestalten
- Baden-Württemberg als starken Automobilstandort erhalten
- Akzeptanz für Industrie und technologische Entwicklungen fördern

Standortbedingungen verbessern und verlässlich gestalten

Einsatz für bessere Rahmenbedingungen verstärken

Vor Ort zählt zu den relevanten Standortfaktoren insbesondere eine starke Infrastruktur. Dazu gehören vor allem die Verkehrsanbindung, die Verfügbarkeit von erschlossenen Industrie- und Gewerbeflächen und von Rohstoffen sowie eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung. Darüber hinaus braucht ein international wettbewerbsfähiger Industriestandort gut ausgebildete Fachkräfte, ein modernes Steuersystem und bürokratische Entlastungen. Die Landespolitik muss sich soweit wie möglich vor Ort engagieren und sich ansonsten auf Bundes- und europäischer Ebene für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen.

Mit digitaler Verwaltung und Kompetenz Transformation unterstützen

Die Corona-Pandemie zeigte deutlich, dass der Transformationsprozess der Industrie durch eine zeitgemäße digitale Verwaltung und die Stärkung digitaler Kompetenzen unterstützt werden sollte. Herausforderung bleibt die Bereitstellung einer leistungsfähigen und flächendeckenden IT-Infrastruktur.

KMU bei Industrie 4.0 und KI-Entwicklungen weiter fördern

Unternehmen sollten weiter für die Chancen neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungen durch Industrie 4.0 und Künstliche Intelligenz (KI) sensibilisiert sowie in der Umsetzung unterstützt werden. Demonstrationszentren für Industrie 4.0 haben sich im Wissenstransfer bewährt. Bei der Weiterentwicklung von Angeboten des Landes sollten die Bedürfnisse von KMU besonders adressiert werden.

Stimme der Wirtschaft



Die Industrie ist ein zentrales Standbein des Landes, welches „Made in BW“ geprägt und groß gemacht hat. Es gilt deshalb für die Politik geeignete Rahmenbedingungen zu setzen.

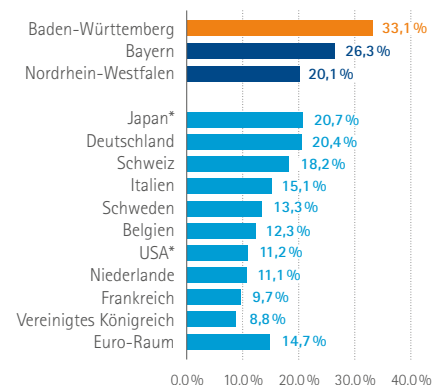
Wolfgang Grenke, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender GRENKE AG, Präsident BWHK, Präsident IHK Karlsruhe

Forderungen



- Einsatz für bessere Rahmenbedingungen verstärken
- Mit digitaler Verwaltung und Kompetenz Transformation unterstützen
- KMU bei Industrie 4.0 und KI-Entwicklungen weiter fördern

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung ausgewählter Bundesländer und Länder (2018)



* Zahlen von 2017

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ sowie World Development Indicators, World Data Bank, The World Bank Group



IHK

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Baden-Württemberg als starken Automobilstandort erhalten

Landesstrategien technologieoffen gestalten und Aktivitäten stärker verzahnen

Elektrifizierung und andere alternative Antriebe, Digitalisierung, autonomes Fahren und Sharing-Modelle sind die Treiber der Transformation der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer. Technologieoffene Strategien bei CO₂-armen Antrieben, alternativen Kraftstoffen und der entsprechenden Lade- und Betankungsinfrastruktur sind eine Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung des Wettbewerbs um die Antriebe der Zukunft. Technologien können sich je nach Verkehrsträger unterscheiden. Es gilt, Förderprogramme so auszugestalten, dass sie von der Forschung über den Technologie- und Wissenstransfer bis zur Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten reichen. Besonderer Fokus ist auf kleine und mittlere Zulieferbetriebe zu legen.

Die Landespolitik muss gleichzeitig die Innovations- und Wasserstoffstrategie als auch die Aktivitäten im Rahmen des Strategiedialogs Automobilwirtschaft stark miteinander verzahnen und mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegen, um die Zukunftsfelder unserer technologieorientierten Wirtschaft zu stärken. Ziel ist ein baden-württembergischer Spitzenplatz im globalen Standortwettbewerb.

Akzeptanz für Industrie und technologische Entwicklungen fördern

Weiter positives Bild von Innovationen an Bevölkerung vermitteln

Der Wettlauf um Innovationen verschärft sich weltweit. Industrieunternehmen sind und bleiben ein wichtiger Teil der Lösung gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen. Die Entwicklung neuer Leitmärkte gelingt nur bei einem hohen Maß an gesellschaftlichem Interesse und Aufgeschlossenheit für neue Technologien. Deshalb ist die Landesregierung gefordert, für eine höhere Akzeptanz der Industriebelange zu werben.

Forderung



- *Landesstrategien technologieoffen gestalten und Aktivitäten stärker verzahnen*

Forderung



- *Weiter positives Bild von Innovationen an Bevölkerung vermitteln*

Verwandte Positionen



- *Innovationskraft sichern*
- *IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen*
- *Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren*

Ansprechpartnerin:

Linda Jeromin 0721 174-265 linda.jeromin@karlsruhe.ihk.de bw.ihk.de

Einzelhandel unterstützen

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Weite Teile des Einzelhandels sind von den Folgen der Corona-Pandemie besonders betroffen. Die Pandemie beschleunigt den Strukturwandel im drittgrößten Wirtschaftszweig des Landes Baden-Württemberg erheblich. So konnte die Mehrheit der Online-Anbieter weitere Marktanteile gewinnen. Der Strukturwandel ist vor allem Ausdruck eines sich grundlegend wandelnden Verbraucherverhaltens, das sehr stark vom Onlinehandel beeinflusst wird. Aber auch der demografische Wandel beschleunigt den Strukturwandel im Einzelhandel in großem Maße. Sowohl die Suche nach Fachkräften als auch Unternehmensnachfolgen werden immer schwieriger.

Der Strukturwandel im Einzelhandel tangiert aber auch die große Mehrheit der vornehmlich kleinen und mittelgroßen Städte in Baden-Württemberg in Form von Frequenzverlusten, Umsatzrückgängen und zunehmend leerstehenden Ladenlokalen.

Um die überwiegend mittelständisch geprägten Einzelhandelsunternehmen im Strukturwandel sowie beim Abfedern der Corona-Folgen zu unterstützen und damit auch die Innenstädte weiterhin attraktiv zu halten, muss die Landespolitik:

- Den Strukturwandel im Einzelhandel unterstützen
- Faire Wettbewerbsbedingungen fördern
- Die Kommunen bei den strukturellen Veränderungen ihrer Innenstädte fordern und fördern

Strukturwandel im Handel unterstützen

Umsetzung neuer Technologien forcieren

Die Landesregierung sollte den stationären Handel bei der Implementierung neuer Technologien durch Fördermittel unterstützen und sollte diese besonders wegen den Auswirkungen der Corona-Pandemie für einen bestimmten Zeitraum verstetigen. Auf diese Weise erhalten die Händler eine etwas größere Planungssicherheit. Die Digitalisierungsprämie hat sich hierbei als mittelstandsfreundliches Förderprogramm bewährt. Die Projektmittel des Dialogprojektes „Handel 2030“, sollten über das Jahr 2021 gewährt und massiv ausgebaut werden, um die überwiegend mittelständisch geprägten Einzelhandelsbetriebe über einen mittelfristigen Zeitraum unterstützen zu können.

Nachhaltige Logistikkonzepte fördern

Mit wachsendem Online-Handel steigt auch der Logistikaufwand. Daher sollte die Landespolitik Projekte fördern, die die Lieferkette zukunftsorientiert und nachhaltig ausgestalten.

Stimme der Wirtschaft



Der vielfältige Einzelhandel prägt die Lebensqualität einer Stadt mit. Vitale Ortskerne zeichnen sich u. a. durch ein gutes Einzelhandelsangebot aus. Die Politik muss sich verstärkt dafür einsetzen, dass Innenstädte weiter für den Handel attraktiv bleiben und so das Stadtbild und den Erlebnisfaktor positiv beeinflussen.

*Martin Buck, Vorsitzender des Vorstands ifm Stiftung & Co. KG
Präsident IHK Bodensee-Oberschwaben*

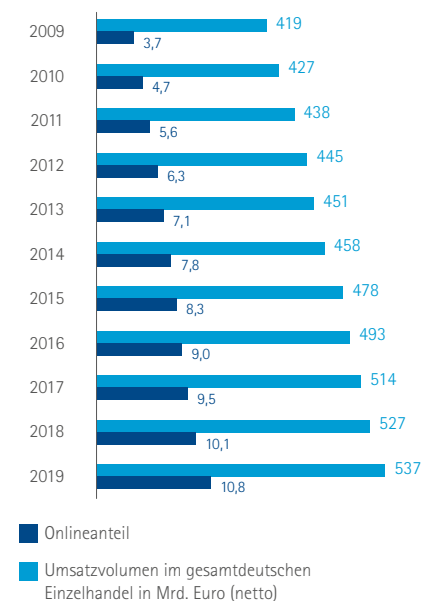
Forderungen



- Umsetzung neuer Technologien forcieren
- Nachhaltige Logistikkonzepte fördern

Marktanteile

Onlineanteil am Einzelhandel im engeren Sinne* in Prozent



* Einzelhandel im engeren Sinne (i.e.S.) bezeichnet die institutionellen Einzelhandelsformen in Deutschland einschließlich ihrer Onlineumsätze, ohne Apotheken, Kfz-, Brennstoff- und Kraftstoffhandel.

Quelle: Handelsverband Deutschland (Hrsg.) (2019): Online Monitor 2019



IHK

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Faire Wettbewerbsbedingungen fördern

Rechtliche Gleichstellung von stationärem und Online-Handel vorantreiben

Für die Gleichbehandlung diverser Vertriebskanäle sollte sich die Landesregierung auf Bundes- und europäischer Ebene auch zukünftig einsetzen. Dazu gehört u.a. die faire Besteuerung von Vertriebskanälen, die aufgrund der Digitalisierung nationale Grenzen überschreiten. Die Politik muss faire Rahmenbedingungen schaffen, die wettbewerbspolitisch für ein Level-Playing-Field von stationärem und Online-Handel sorgen.

Gleichzeitig ist die Regelung „Weitere Verkaufssonntage“ im § 8 des Ladenöffnungsgesetzes des Landes Baden-Württemberg im Hinblick auf die Konkurrenzsituation mit dem Online-Handel wettbewerbsverzerrend. Der geforderte Anlassbezug sollte entweder ganz gestrichen oder so erweitert werden, dass die Durchführung verkaufsoffener Sonntage rechtssicher erfolgen kann.

Die Kommunen bei den strukturellen Veränderungen ihrer Innenstädte fordern und fördern

Innovative Nutzungskonzepte unterstützen

Einzelhandelsbetriebe – inklusive Anbieter des täglichen Bedarfs – haben sich in den letzten Jahren vor allem aus Städten mit weniger als 30 000 Einwohnern zurückgezogen. Die Corona-Krise hat diesen Prozess erheblich verstärkt. In der Folge wird sich die Anzahl leerstehender Geschäftslokale erhöhen. In vielen Innenstädten werden adäquate Nachvermietungen nicht mehr immer gelingen; die Gesichter der Innenstädte werden sich wandeln und die Kommunen werden vielerorts neue Nutzungskonzepte entwickeln müssen. Das Land sollte die Städte und Gemeinden bei diesen Erneuerungsprozessen unterstützen und darauf achten, dass sich dabei die bewährten Grundsätze der Raumordnung in der kommunalen Bauleitplanung widerspiegeln. Innenstädte werden als Standorte für Handel, Gastronomie und Dienstleistungen nur dann ihre Funktion erfüllen können, wenn die Aufenthaltsqualität nachhaltig erhöht wird. Zentrales Förderinstrument ist die bewährte Städtebauförderung. Fördermittel sind zunehmend für den Ausbau der digitalen Infrastruktur, für die Stärkung des City- und Stadtmarketings sowie für die Umsetzung innovativer Nutzungskonzepte notwendig.

Zugang zu Innenstädten weiter attraktiv halten

Eine gute verkehrliche Erreichbarkeit der Innenstädte und Ortskerne ist nach wie vor sehr wichtig für die Attraktivität des stationären Handels und damit auch für die Wirtschaftskraft der Städte und Gemeinden. Im Wettbewerb der Standorte ist insbesondere der innerstädtische Handel auf eine gute Erreichbarkeit für Kunden- und Lieferverkehre angewiesen. Die Landesregierung sollte deshalb intelligente Konzepte für den Stadtverkehr der Zukunft fördern, die nicht in erster Linie Sperrungen oder Fahrverbote verfolgen, sondern auf die Ausweitung verzahnter Mobilitätskonzepte setzen.

Komplexe urbane Mobilitätskonzepte werden in den zahlreichen Klein- und Mittelstädten des Landes schon alleine aus Kostengründen nicht in dem Maße umsetzbar sein, wie sie in den Großstädten bzw. Ballungsräumen möglich erscheinen. In diesen Städten ist und bleibt der Pkw das Verkehrsmittel Nr. 1. Diese Erkenntnis berücksichtigend, sollte die Landesregierung die Städte und Gemeinden auch bei der Optimierung des fließenden und ruhenden Verkehrs finanziell unterstützen.

Die Ausweitung nachhaltiger und verzahnter Mobilitätskonzepte (z. B. mehr und sicherere Radwege, Verbesserung ÖPNV, Ride-Sharing u. v. a. m.) unterstützt die IHK-Organisation.

Eine weitere Ausweisung von Umweltzonen lehnt der BWIHK ab, da sie den Standortnachteil der Innenstädte vergrößert. Schließlich sind peripher gelegene Standorte in der Regel besser mit dem Pkw zu erreichen und fast immer mit ausreichend und kostenlosem Parkraum ausgestattet. Die Einführung einer City-Maut wird von der baden-württembergischen Wirtschaft ebenfalls abgelehnt.

Forderung



- *Rechtliche Gleichstellung von stationärem und Online-Handel vorantreiben*

Forderungen



- *Innovative Nutzungskonzepte unterstützen*
- *Zugang zu Innenstädten weiter attraktiv halten*

Verwandte Positionen



- *Gewerbstandorte erweitern und sichern*
- *Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten*
- *Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen*

Ansprechpartner:

Bernhard Nattermann 0751 409-171 nattermann@weingarten.ihk.de bw.ihk.de

Gesundheitswirtschaft voranbringen

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die Gesundheitswirtschaft genießt herausragende Bedeutung in Baden-Württemberg. Mehr als 600 000 Beschäftigte sind in ihr tätig. Die Relevanz dieser Branche zeigte sich besonders auch während der Corona-Pandemie. Dies gilt es in einer Kampagne zur Wertschätzung der Menschen im Gesundheits- und Sozialwesen nochmals deutlich hervorzuheben. Die industrielle Gesundheitswirtschaft in Baden-Württemberg ist bundesweit Spitze bei der Bruttowertschöpfung. Neben dieser besonderen Bedeutung der Gesundheitsbranche als Wirtschaftsfaktor ist Gesundheitsversorgung auch ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmen in Deutschland. Von Rahmenbedingungen, die die Potentiale dieses Wirtschaftszweiges zur Entfaltung bringen, profitieren damit nicht nur Betriebe aus dieser Branche, sondern die gesamte Wirtschaft. Schließlich ist die Gesundheitswirtschaft eine Querschnittsbranche, die vielfältige Impulse an andere Branchen/Sektoren aussendet. Die Landespolitik sollte daher die Branche mit folgenden Maßnahmen unterstützen:

- Innovationsoffene Rahmenbedingungen herstellen und fördern
- Kosten der Gesundheitsversorgung im Blick behalten
- Betriebliche Gesundheitsförderung besser unterstützen

Innovationsoffene Rahmenbedingungen herstellen und fördern

Innovative Ansätze auf Bundes- und EU-Ebene fördern

Für digitale Medizinprodukte muss ein spezifisches und sektorenübergreifendes Zugangs- und Erstattungsverfahren implementiert werden, das innovationsoffen ausgestaltet ist und eine systematische Integration dieser Produkte in die Regelversorgung sicherstellt.

Es sollte gewährleistet werden, dass die Besonderheiten innovativer Produkte – wie zum Beispiel KI-gestützte Softwareanwendungen – bei Bewertungs- und Zulassungsverfahren im Medizinprodukte- und Sozialrecht berücksichtigt werden. In der Gesundheitswirtschaft könnte zum Beispiel die Einführung einer gesetzlich verankerten regionalen Experimentierklausel für digitale Gesundheitsanwendungen sinnvoll sein, sodass etwa von bestehenden Regelungen abgewichen werden kann. Dadurch könnten regionale und sektorenübergreifende Aspekte besser berücksichtigt werden und auch zu bundes- oder europaweiten Lösungsansätzen beitragen.

Potentiale der Telemedizin stärker nutzen

Das Spektrum der telemedizinischen Leistungen in der Regelversorgung muss vor dem Hintergrund der stetig steigenden Integration digitaler Inhalte in Unternehmens- und Lebenswelten ausgeweitet werden. Es sollte dabei nicht auf wenige audiovisuelle Kommunikationstechnologien in der Diagnostik und auf einzelne sektorale Leistungsbereiche beschränkt bleiben. Als Vorbild für die Integration telemedizinischer Leistungen in die Regelversorgung dient der Wirtschaft das Telemedizin Center von Medgate in der Schweiz. Das Land Baden-Württemberg hat mit „Docdirekt“ den ersten Schritt in die richtige Richtung schon zu Beginn dieses

Stimme der Wirtschaft



Die Unterstützung der Gesundheitswirtschaft muss sich zukünftig stärker an ihrer wirtschaftlichen und systemischen Bedeutung orientieren. Denn Gesundheit ist ein besonderes Gut und ein Wert unserer Gesellschaft, die immer älter wird und länger leistungsfähig bleibt.

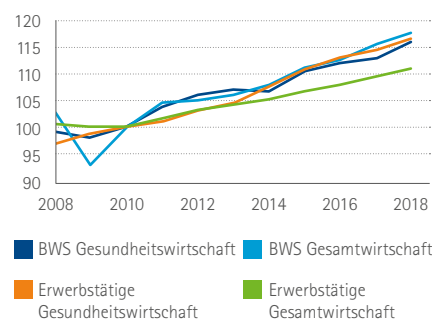
*Thomas Conrady, Geschäftsführer
COWA Service Gebäudedienste GmbH,
Präsident IHK Hochrhein-Bodensee*

Forderungen



- Innovative Ansätze auf Bundes- und EU-Ebene fördern
- Potentiale der Telemedizin stärker nutzen

Entwicklung der Bruttowertschöpfung und der Erwerbstätigkeit in der Gesund- heitswirtschaft und Gesamtwirtschaft Baden-Württembergs 2008 bis 2018* (Index 2010 = 100)



* Bruttowertschöpfung preisbereinigt, verkettet. Berechnungsstand: Juni 2019; AG GGRdL, Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz Berechnungsstand: August 2018 / Februar 2019 (VGR des Bundes) AK VGRdL. Berechnungsstand: August 2018 / Februar 2019 (VGR des Bundes); AK ETR.

Datenquelle: AG GGRdL, Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz, AK VGRdL; AK ETR. © Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2019



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Jahrtausends gemacht. Weitere Schritte, wie etwa elektronische Arzneimittelverschreibung und digitale Krankmeldungen, müssen nun zeitnah folgen. Corona verdeutlichte nochmals die Relevanz der Telemedizin: Die Ansteckungsgefahr kann verringert und die Wirkung in der Breite gestärkt werden. Auch wünschen sich nach einer Bitkom-Umfrage (März 2020) zwei Drittel der Befragten eine Online-Sprechstunde beim Arzt. Um die positiven Kräfte des Wettbewerbs für die digitale Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen besser zu nutzen, sollte ein unabhängiges Institut jenseits der Gematik GmbH technologische Standards setzen und einen funktionsfähigen Wettbewerb innerhalb der Telematikinfrastruktur fördern.

Kosten der Gesundheitsversorgung im Blick behalten

Effizienten Einsatz von Ressourcen sicherstellen

Eine systematische Integration innovativer Produkte und Leistungen in die Gesundheitsversorgung sowie eine konsequente Nutzung der digitalen Medizin könnte nicht nur die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft als Wirtschaftsfaktor stärken, sondern auch einen effizienteren Einsatz der Ressourcen sicherstellen. Dies würde einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Stabilität der Lohnzusatzkosten leisten. Viele Unternehmen erwarten, dass auch die Verringerung von ineffizienten Versorgungsstrukturen und Fehlanreizen sowie eine stärkere sektorenübergreifende Versorgung und ein breiter Einsatz qualitätsorientierter Vergütungsstrukturen dazu beitragen könnte, die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung zu verbessern.

Forderung



- *Effizienten Einsatz von Ressourcen sicherstellen*

Betriebliche Gesundheitsförderung besser unterstützen

Transparenz und Vernetzungsmöglichkeiten für KMU schaffen

Bei der betrieblichen Gesundheitsförderung benötigen insbesondere KMU praktische Unterstützung. Dies bedeutet: leicht verständliche Informationen und Handlungsanleitungen bereitstellen, Möglichkeiten zur Vernetzung und Best-Practice-Austausch schaffen sowie Transparenz und Klarheit über die richtigen Ansprechpartner herstellen. Letzteres gilt z. B. bei der Kooperation mit Krankenkassen oder bei der Umsetzung von Maßnahmen wie dem steuerlichen Freibetrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung. So werden bei den Betrieben Zeit und Kosten eingespart. Viele kleine und mittlere Unternehmen haben meist keine entsprechenden Infrastrukturen wie eine Rechts- oder Personalabteilung und profitieren enorm von solchen Maßnahmen. Einige IHKs engagieren sich in diesem Bereich bereits und bieten regionale Erfahrungsaustauschgruppen zum Thema Gesundheitsförderung an. Außerdem gibt es schon verschiedentlich lokale Gesundheitsnetzwerke, in denen sich Betriebe zusammengeschlossen haben. Initiativen sollten auf bestehenden Strukturen aufbauen und keine Doppelstrukturen schaffen. Alle Maßnahmen in der betrieblichen Gesundheitsförderung sollten immer das Ziel »Prävention geht vor Kuration und guter Rehabilitation« verfolgen, um eine langanhaltende Beschäftigung der Mitarbeitenden in den Betrieben zu sichern.

Forderungen



- *Transparenz und Vernetzungsmöglichkeiten für KMU schaffen*
- *Neue Arbeitsorganisation ermöglichen*

Neue Arbeitsorganisation ermöglichen

Der Gesundheits- und Virenschutz wird dauerhaft in die Arbeitswelt integriert werden müssen. Hierfür braucht es Forschung und Entwicklung; das Thema in seiner jetzigen Dimension steckt noch in den Kinderschuhen. Hier ist v. a. an Grundlagenarbeiten zu denken, die rasch in die betriebliche Praxis umgesetzt werden können.

Verwandte Positionen



- *IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen*
- *Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen*
- *Unternehmertum ganzheitlich denken und stärken*

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Graf  07622 3907-213  alexander.graf@konstanz.ihk.de  bw.ihk.de



Medienpolitik für morgen gestalten

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die Bedeutung der baden-württembergischen Medienbranche wächst und sie gilt als einer der innovativsten und dynamischsten Wirtschaftsfaktoren im Land. Unternehmen aus diesem Bereich passen sich aktuell in der Breite durch Veränderung ihrer Geschäftsmodelle an die neuen Herausforderungen an. In Sektoren wie der Film-/Animations- und Gamesbranche (z. B. durch VFX, Augmented, Virtual und Mixed Reality), nutzen Streamingdienste und Influencer als neue Akteure ihre Potentiale im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung. Um im internationalen Wettbewerb bestehen und sich weiterentwickeln zu können, bedarf es fairer Spielregeln für die Branche. Damit die Medienwirtschaft im Land zur führenden Innovationsbranche wird, hat die Landespolitik die Aufgabe, eine zukunftsweisende Medienpolitik zu gestalten. Die Wirtschaft fordert daher:

- Medienstandort stärken
- Zukunftsfähige Rahmenbedingungen setzen
- Innovationskraft fördern
- Fachkräfte in der Medienwirtschaft sichern

Medienstandort stärken

Zentrale Institutionen besser koordinieren und Standortmarketing fördern

Eine richtungsweisende medienpolitische Vision sowie die Koordination der zentralen Institutionen sind essentiell. Nur so kann das Land seine Rolle bei der Vertretung der Medienwirtschaft im Bund und in Europa wahrnehmen.

Das sehr gute internationale Standing der Medienbranche Baden-Württembergs muss sichtbarer im Standortmarketing verankert werden. Dadurch können einerseits weitere Unternehmen angezogen werden, die Arbeitsplätze schaffen, und andererseits bleibt die Wertschöpfung im Land, da die Abwanderung des im Land teuer wie aufwendig ausgebildeten Personals durch attraktive Arbeitsangebote aus anderen Regionen sowie vom Ausland vermieden werden kann.

Kooperation, Innovation und Inspiration zwischen Branchen verbessern

Ziel sollte sein, dass mehr zentrale „co-working“ Gewerbeflächen etabliert werden, um Kooperation, Innovation und Inspiration zu stärken. Gleichzeitig sollen diese dazu dienen, die verschiedenen Mediensegmente, vor allem aber auch andere Branchen wie Automotive, Medizintechnik, Pharmaindustrie, Architektur und auch die Wissenschaft, stärker mit diesen zu vernetzen.

Stimme der Wirtschaft



Die Medienwirtschaft Baden-Württemberg ist höchst innovativ und sogar Oscarprämiiert! Das beweist, dass die Branche für viele Unternehmen eine Zukunftsbranche mit Vorbildfaktor und Innovationspotenzial ist. Allerdings müssen Weichen in Zeiten des technologischen und medialen Umbruchs neu gestellt und vorausgedacht werden.

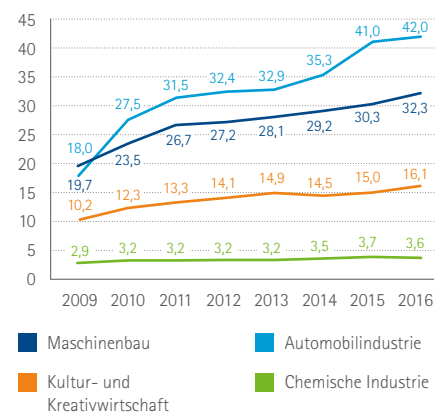
Christian O. Erbe, Geschäftsführer Erbe Elektromedizin GmbH, Vizepräsident BWIHK, Präsident IHK Reutlingen

Forderungen



- Zentrale Institutionen besser koordinieren und Standortmarketing fördern
- Kooperation, Innovation und Inspiration zwischen Branchen verbessern

Beitrag der Kultur- und Kreativwirtschaft zur Bruttowertschöpfung im Branchenvergleich 2009 - 2016* (in Mrd. €)



Lesehilfe: Die Bruttowertschöpfung betrug in der Kultur- und Kreativwirtschaft im Jahr 2016 16,1 Milliarden Euro. Sie war damit geringer als im Maschinenbau und in der Automobilindustrie, aber höher als in der Chemischen Industrie. Anmerkung: *Werte teilweise geschätzt. Die Bruttowertschöpfung basiert auf Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wurde für die Kultur- und Kreativwirtschaft anhand der Verteilung von Umsätzen in der Umsatzsteuerstatistik berechnet.

Quelle: Umsatzsteuerstatistik, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2018a; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2018b; eigene Berechnungen ZEW.

Zukunftsfähige Rahmenbedingungen setzen

Leistungsstarke Infrastruktur forcieren

Eine leistungsstarke und flexible Infrastruktur ist zentral. Grundlage dafür sind eine ausreichende Breitbandverbindung im Up- und Download sowie ein Rechtsrahmen, der auch in Zeiten der digitalen Transformation standhält und sich zügig weiterentwickelt. Ebenso ist ein flächendeckend funktionsfähiger und lückenloser Mobilfunkempfang für Betriebe und ihre Dienstleister Grundvoraussetzung.

Aufbau einer digitalen Radioarchitektur schnell umsetzen

Der Aufbau einer digitalen Radioarchitektur, die auch small scale-Möglichkeiten beinhaltet, muss schnell umgesetzt werden, um eine demokratiefördernde Meinungsvielfalt zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen DAB+ und UKW weiterhin parallel gesendet werden.

Medienbeirat Baden-Württemberg etablieren

Ergänzend zum interministeriellen Austausch schlägt der BWIHK einen Medienbeirat vor, der diesen Kreis mit Vertretern der Medienbranche zusammenbringt und um Verbände und Ausschüsse (bspw. den landesweite Ausschuss Medien- und Filmwirtschaft) erweitert.

Innovationskraft fördern

Förderlandschaft für Kreativleistungen stärker öffnen

Die stark technologiebezogene Förderlandschaft soll sich Kreativleistungen der Wirtschaft stärker öffnen. Förderprogramme für die Medienbranche, wie das „Werk1“ (Games/Digital), das „MediaLab“ (Journalismus), der „FilmFernsehFonds Bayern“ (Film/Games) oder das „Bayerische Filmzentrum“ (Film) sind gute Beispiele, die nach einem baden-württembergischen Pendant suchen.

Die innovationsgetriebenen Förderprogramme im Land gilt es, genauso für die Kreativwirtschaft zu öffnen. Dabei sollte der Begriff „Innovation“ auf technische als auch nicht-technische Geschäftsmodelle erweitert werden.

Fachkräfte in der Medienwirtschaft sichern

Pilotprojekte in der Aus- und Weiterbildung fördern

Die duale Berufsausbildung ist für die Zukunft der Branche entscheidend und vom Ansehen aufzuwerten. So kann einer steigenden Abwanderung nach erfolgreichem Abschluss zum Hochschulstudium entgegengewirkt werden. Eine Alternative zum Hochschulstudium sind Aufstiegsfortbildungen, die einen oftmals schnelleren und niedrigschwelligen Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Die IHK Reutlingen hat mit Blick auf mangelnde Fachkräfte in einem Pilotprojekt in den Berufen Filmgeschäftsführer, Aufnahmeleiter und Produktionsleiter gemeinsam mit Vertretern der Filmwirtschaft, der Hochschulen, dem Filmverband Südwest, der LFK und der MFG Zertifikatslehrgänge konzipiert, die diesem Mangel entgegenwirken und die hochqualifizierten Fachkräfte in Baden-Württemberg halten sollen. Eine Förderung ebensolcher Pilotprojekte sollte geprüft werden.

Verbundausbildung stärken

Der hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Medienbereich stehen sehr wenige Ausbildungsbetriebe und damit Ausbildungsplätze entgegen. Die Möglichkeit der Verbundausbildung gilt es verstärkt zu bewerben. Auch im Hinblick auf eine langfristige Förderung und Entwicklung der erfolgreichen Animations- und Gamesbranche in Baden-Württemberg ist die Sicherung des Nachwuchses in diesem Bereich ein entscheidender Erfolgsfaktor.

Ansprechpartnerin:

Diana Alam  07121 201-270  alam@reutlingen.ihk.de  bw.ihk.de

Forderungen



- Leistungsstarke Infrastruktur forcieren
- Aufbau einer digitalen Radioarchitektur schnell umsetzen
- Medienbeirat Baden-Württemberg etablieren

Forderung



- Förderlandschaft für Kreativleistungen stärker öffnen

Forderungen



- Pilotprojekte in der Aus- und Weiterbildung fördern
- Verbundausbildung stärken

Verwandte Positionen



- IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen
- Unternehmertum ganzheitlich denken und stärken
- Fachkräfte sichern

Tourismus weiter ausbauen

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Der Tourismus gilt als Zukunfts- und Wachstumsbranche in Baden-Württemberg. Vor Corona war er ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der rund 53 Millionen Übernachtungen, 390 000 nicht exportierbare Arbeitsplätze, 8 000 Ausbildungsplätze und Wertschöpfung in Milliardenhöhe auch in verbundenen Branchen generierte. Zudem schafft die Tourismusinfrastruktur gerade in ländlichen Regionen attraktive Freizeitangebote und damit Lebensqualität. Die Tourismusbranche – wozu auch der ausgeprägte Geschäfts-, Messe- und Kongresstourismus, kurz MICE (Meetings Incentives Conventions Exhibitions) zählt – sollte daher nachhaltig im Land gefestigt werden. Mit der Tourismuskonzeption liegt ein sehr gutes und umfassendes Werk vor. Der Fokus sollte nun auf Maßnahmen liegen, die schnellstmöglich die Branche wieder aufleben lassen.

- Effiziente Strukturen und geringen Regulierungsrahmen schaffen
- Förderinstrumente konsequent an Landestourismuskonzept ausrichten
- Infrastruktur im ländlichen Raum verbessern

Effiziente Strukturen und geringen Regulierungsrahmen schaffen

Doppelstrukturen vermeiden, Tourismuskonzeption konsequent anwenden

Unnötige Doppelstrukturen gilt es, in den zahlreichen Ebenen auf Landes-, Destinations-, Landkreis- und Ortsebene zu vermeiden. Die damit einhergehenden Hierarchie- und Kompetenzstufen in Tourismusfragen sollten – wenn sie nicht direkt vermieden werden können – zügig abgebaut werden. Daher sollte die Tourismuskonzeption auf allen Ebenen und in allen Regionen angewandt werden.

Bürokratie abbauen und einen geringeren Regulierungsrahmen realisieren

Rechtliche Vorgaben sind auf notwendige Regelungen zu beschränken und auf diesem Niveau dauerhaft zu halten, um für die Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten. Um Aufbewahrungs- und Nachweispflichten zu vereinfachen, sollten Dokumentationspflichten, Kontrollen und Verbraucherschutz mit Augenmaß betrieben und die Prozesse umfassend digitalisiert werden. Es gilt, rechtliche Rahmenbedingungen zu gestalten, die den Unternehmergeist fördern und nicht unnötig neue Hindernisse aufbauen.

Stimme der Wirtschaft



Der bürokratische Aufwand in der Tourismusbranche wird zunehmend zur Herausforderung für die kleineren Gastwirte und Hoteliers. Die Unternehmen beklagen, sie hätten einen Wald an Dokumenten im Keller und seien gezwungen, sie in Papierform aufzubewahren. Hier müssen moderne Lösungen her!

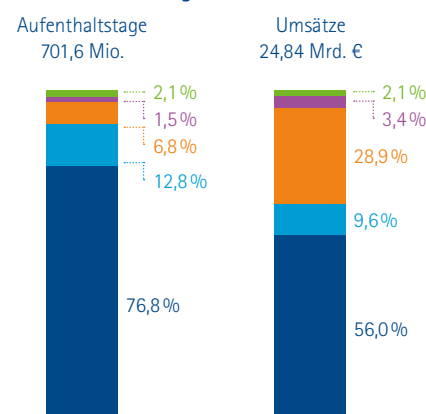
*Claudia Gläser, Geschäftsführerin
Gläser GmbH, Präsidentin IHK
Nordschwarzwald*

Forderungen



- Doppelstrukturen vermeiden, Tourismuskonzeption konsequent anwenden
- Bürokratie abbauen und einen geringeren Regulierungsrahmen realisieren

Bedeutung der touristischen Segmente für Baden-Württemberg



- Touristik- und Dauercamping sowie Reisemobilisten
- Privatvermieter (< 10 Betten)
- Gewerbliche Betriebe (≥ 10 Betten; ohne Camping)
- Verwandten- / Bekanntenbesuche (VFR)
- Tagesreisen

Quelle: DWIF 2018

Förderinstrumente konsequent an Landestourismuskonzept ausrichten

Förderinstrumente transparent machen und Kooperationsprojekte stärken

Die verschiedenen Förderinstrumente des Landes müssen transparenter gemacht und besser koordiniert werden. Der Kriterienkatalog zur Vergabe muss an die Leitlinien und Ergebnisse der Tourismuskonzeption angepasst werden. Dabei sollten Tourismusfördermittel des Landes an Kooperationsprojekte vergeben werden, die sich unter dem Dach touristischer Marken oder Erlebnismarken positionieren und an den übergeordneten Marketingstrategien ausrichten.

Neue Wege bei der Tourismusinfrastrukturförderung gehen

Aus Sicht des BWIHK ist es elementar, dass – im Rahmen der projektbezogenen Tourismusinfrastrukturförderung des Landes – Landesmittel für die Tourismusförderung von einer reinen kommunalen Förderung auch hin zu innovativen Public-Private-Partnership-(PPP-)Projekten umgelenkt werden können.

Es ist zu prüfen, ob die Tourismusinfrastrukturförderung anhand von zwei unterschiedlichen Förderprogrammen vergeben werden kann: Zum einen für prädikatisierte Orte (Thermen, Gesundheit, Wellness) und zum andern für innovative Schaufensterprodukte in nicht-prädikatisierten Orten.

Neue Tourismuskampagne auflegen

Der Tourismus im eigenen Land und in der eigenen Region kann in den nächsten Jahren wieder einen Boom erleben. Diesen Schwung gilt es für Baden-Württemberg mit einer eigenen Tourismuskampagne zu forcieren. Gerade die im Moment leidtragende Gastronomie und Hotellerie können davon profitieren.

Infrastruktur im ländlichen Raum verbessern

Infrastruktur an Markt- und Nachfrageerfordernisse anpassen

Der Tourismus, allem voran das Gastgewerbe, schafft und garantiert standortsichere und wohnortnahe Arbeits- und Ausbildungsplätze insbesondere im ländlichen Raum. Gleichzeitig kreiert er durch seine Bedarfe eine Verkehrs- und digitale Infrastruktur. Dennoch muss die vorhandene Infrastruktur unabhängig davon regelmäßig an aktuelle Markt- und Nachfrageerfordernisse angepasst werden. Das heißt, dass diese entweder modernisiert, erweitert oder ggf. reduziert wird. Weiterhin bedarf es auch einer sinnvollen Mobilitätsplanung, um touristische Infrastruktur bestmöglich miteinander zu verbinden.

Die Bedeutung und Wahrnehmung des Tourismus – gerade im ländlichen Raum – ist gemeinsam mit allen Akteuren immer wieder hervorzuheben.

Forderungen



- *Förderinstrumente transparent machen und Kooperationsprojekte stärken*
- *Neue Wege bei der Tourismusinfrastrukturförderung gehen*
- *Neue Tourismuskampagne auflegen*

Forderung



- *Infrastruktur an Markt- und Nachfrageerfordernisse anpassen*

Verwandte Positionen



- *IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen*
- *Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren*
- *Fachkräfte sichern*

Ansprechpartnerin:

Elke Schönborn  07441 8605-217  schoenborn@pforzheim.ihk.de  bw.ihk.de



Innovationskraft sichern

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Baden-Württemberg steht bei Forschung und Entwicklung (FuE) gut da. Die Forschungsintensität (Anteil FuE-Investitionen am BIP) erreichte 2017 den neuen Rekordwert von 5,6% (27,9 Mrd. €), ein Spitzenwert in Europa und weltweit. Mit 84% Anteil an den FuE-Investitionen ist die Wirtschaft der maßgebliche Treiber. Die Herausforderungen dürfen jedoch nicht übersehen werden. Der Technologiebeauftragte des Landes stellte fest: Die Innovationsdynamik Baden-Württembergs stagniert, Disruptionen entstehen hier eher selten und der industrielle Mittelstand investiert im Vergleich zu großen Unternehmen immer weniger in FuE. Eine BWIHK-Umfrage zeigt: Ein Teil der befragten forschungs- und entwicklungsaktiven Unternehmen sehen andere Länder/Regionen bei wichtigen Standortfaktoren wie dem Fachkräfteangebot, der digitalen Infrastruktur, bei gesetzlichen Vorgaben/Regulierung oder beim technologiefreundlichen gesellschaftlichen Umfeld im Vorteil. Baden-Württemberg braucht für seinen Innovationsvorsprung weiter verbesserte Rahmenbedingungen für FuE. Daher fordert der BWIHK:

- Technologieskepsis entgegenwirken
- Innovationsförderung ausbauen
- Hochschulen im Technologietransfer stärken
- KI-Innovationen fördern

Technologieskepsis entgegenwirken

Mittel und Projekte zum Kompetenzaufbau verstetigen und ausbauen

Bedenken vor Veränderung und Technologie-Skepsis schaden dem Innovationsstandort Baden-Württemberg. Die Landespolitik muss positive Aspekte und Chancen neuer Technologien stärker betonen und Vorbehalte in der Gesellschaft abbauen. Das stärkt auch das Marktpotenzial für Innovationen. Best Practice und positive Erfahrungen mit digitalen Mitteln und Anwendungen während Corona sollten hier vermehrt bespielt werden, um den Wandel auf digitale Geschäftsmodelle insgesamt stärker voranzutreiben.

Innovationsförderung ausbauen

Einzelbetriebliche Innovationsförderung attraktiv gestalten und aufstocken

Im Rahmen seiner Anfang Februar 2020 veröffentlichten neuen Innovationsstrategie will das Land die bestehende Förderlücke zwischen den Innovationsgutscheinen für kleine und mittlere Unternehmen und der ZIM-Förderung des Bundes schließen. Die baden-württembergischen IHKs fordern dies schon länger. Das Land muss hier jetzt endlich konkret vorankommen. Die Innovationsgutscheine des Landes müssen um einen Gutschein mit höherer Fördersumme (z. B. 40.000 Euro) erweitert werden. Zur Erhöhung der Breitenwirkung muss der Zugang auf Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern (bislang 100) erweitert werden.

Stimme der Wirtschaft



Das politische Ziel muss im Gleichklang mit der Wirtschaft die Innovationsführerschaft sein. Dadurch können wir unsere gute Position im internationalen Wettbewerb halten und verlieren den Anschluss bei Zukunftstechnologien mit hohem Wertschöpfungspotential nicht.

Wolfgang Grenke, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender GRENKE AG, Präsident BWIHK, Präsident IHK Karlsruhe

Forderungen



- Mittel und Projekte zum Kompetenzaufbau verstetigen und ausbauen
- Einzelbetriebliche Innovationsförderung attraktiv gestalten und aufstocken

IHK-Umfrage 2018: Der Anteil der FuE-Budgets, der intern investiert wird, nimmt aus Sicht der befragten FuE-aktiven Unternehmen in den nächsten Jahren ab. Sie wollen mehr FuE-Mittel nach außen vergeben. Externe FuE-Partner werden wichtiger.

Anteil intern	Anteil extern	
82 %	18 %	aktuell
81 %	19 %	in 12 Monaten
77 %	23 %	in 3 bis 5 Jahren

durchschnittlicher Anteil intern (%)

Quelle: BWIHK (Hrsg.) (Juni 2019) Studie: „Investitionen baden-württembergischer Unternehmen in Forschung und Entwicklung - Auswertung und Analyse einer Unternehmensbefragung der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern im Jahr 2018“



Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Im Zuge des Konjunkturpakets zur Bewältigung der Corona-Krise hat der Bund die Bemessungsgrundlage der steuerlichen Forschungsförderung rückwirkend zum 1.1.2020 auf 4 Mio. Euro verdoppelt. Die maximale Fördersumme pro Wirtschaftsjahr und Unternehmen erhöht sich so von 500 000 Euro auf 1 Mio. Euro. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Landespolitik sollte sich trotzdem dafür einsetzen, dass das Fördervolumen weiter angehoben wird. Denn eine Begrenzung der Förderung beschränkt grundsätzlich deren Anreizwirkung, gerade auch für größere Unternehmen.

Unternehmen weiter bei Innovationskooperationen unterstützen

Zunehmende technische Komplexität und immer kürzere Produktlebenszyklen erfordern in vielen Branchen Innovationen in immer kürzeren Zeiträumen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen stehen hier aufgrund größenbedingter Nachteile bei Kapazitäten und eigenem Know-how vor großen Herausforderungen. Um diese zu meistern, setzen sie zunehmend auf Kooperationspartner, etwa andere Unternehmen oder Hochschulen und Forschungsinstitute.

Die Landespolitik unterstützt die Zusammenarbeit von Unternehmen mit Kooperationspartnern durch unterschiedliche Maßnahmen und Plattformen, wie zum Beispiel mit der Initiative Wirtschaft 4.0, der Allianz Industrie 4.0 oder mit Landesagenturen. Diese sollten weiter gefördert und ausgebaut werden. Auch die zum Teil seit Jahren etablierten regionalen und landesweiten Cluster und technologieorientierten Netzwerke sollte die Politik weiter unterstützen.

Hochschulen im Technologietransfer stärken

Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter forcieren

Hochschulen werden als FuE-Partner für Unternehmen immer wichtiger. Deshalb müssen sie beim Technologietransfer mit mehr öffentlichen Investitionen gestärkt werden.

Das Forschungswissen der Hochschulen muss noch leichter bei den KMU ankommen. Dafür muss der wirtschaftsseitig getriebene Transfer (z. B. durch die IHK-Innovationsberater und IHK-Technologietransfermanager) noch besser bei der Wissenschaft andocken können. Es braucht an den Hochschulen Technologietransfermanager mit Schwerpunkt auf KMU.

KI-Innovationen fördern

Leuchttürme für Künstliche Intelligenz stärken

Das von Land und Fraunhofer zur Stärkung der angewandten KI-Forschung neu gegründete und im Cyber Valley angesiedelte „Zentrum KI-Mittelstand“ muss eine landesweite Wirkung entfalten.

Es muss erreicht werden, dass sich Tochtergesellschaften der Agentur für Sprunginnovationen des Bundes, die Projekte und Wettbewerbe für disruptive Innovationen vorantreiben, auch in Baden-Württemberg ansiedeln, vor allem zum Thema KI.

Baden-Württemberg braucht weitere international sichtbare „KI-Leuchttürme“. Unter anderem muss der anwendungsnahe de:hub weiter gestärkt werden – finanziell wie strukturell. Die Machbarkeitsstudie für einen großen Innovationspark KI muss möglichst schnell erstellt und – nach Evaluation – weiterführende Maßnahmen ergriffen werden.

Der Bund stockt im Rahmen seines Corona-Konjunkturpakets die Mittel für KI-Investitionen bis 2025 von 3 Mrd. Euro auf 5 Mrd. Euro auf. Neben der Ausweitung bestehender Programme sollen weitere Supercomputer beschafft werden. Die Chancen, die sich hieraus für Baden-Württemberg ergeben können, müssen von der Landespolitik genutzt werden.

Ansprechpartner:

Dr. Stefan Senitz  0721 174-164  stefan.senitz@karlsruhe.ihk.de  bw.ihk.de

Forderungen



- Unternehmen weiter bei Innovationskooperationen unterstützen
- Kostenfreie Normen bei Corona-Krise hilfreich – Normungssystem muss aber unabhängig bleiben

Forderung



- Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft weiter forcieren

Forderung



- Leuchttürme für Künstliche Intelligenz stärken

Verwandte Positionen



- IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen
- Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen
- Wissenschaftsstandort stärken



Digitalisierung des Mittelstands beschleunigen

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit vieler KMU hängt davon ab, wie gut es ihnen gelingt, die Digitalisierung für sich zu nutzen und bestehende Geschäftsmodelle, Produkte und Services zu transformieren bzw. neue zu entwickeln. Laut Digitalisierungsindex des Mittelstands hatte bereits 2018 nahezu jedes zweite baden-württembergische Unternehmen die digitale Transformation in seiner Geschäftsstrategie verankert.

Die Politik unterstützt mit einer Vielzahl an Maßnahmen vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei der Digitalisierung. Mit Blick auf die Herausforderungen in unseren Schlüsselindustrien ist eine weiter gesteigerte Unterstützung nötig, um bestmögliche gesamtwirtschaftliche Effekte zu erzielen. Daher fordert der BWHK:

- Kompetenzaufbau in KMU fördern
- Vernetzung unterstützen – Transparenz erhöhen
- IT-Sicherheit in KMU stärken

Kompetenzaufbau in KMU fördern

Mittel und Projekte zum Kompetenzaufbau verstetigen und ausbauen

KMU müssen ihre digitalen Kompetenzen weiter ausbauen. Sie sollten dabei unterstützt werden, wie sie sich relevantes Wissen erschließen und aktuell halten. Durch die Förderung von qualifizierten Weiterbildungsangeboten oder dem Ausbau praxisnaher Netzwerkformate wie den „Digital Hubs“ oder dem Projekt „Popup-Labor“ kann die Landespolitik zielgerichtet zum Kompetenzaufbau im Mittelstand beitragen. Es gilt daher, die Mittel für diese Programme auszubauen und bis zur erfolgreichen Transformation in der Fläche zu verstetigen. Gleichzeitig könnten diese Projekte – auch am aktuellen Bedarf der Unternehmen gemessen – Angebote auflegen, um etwa Themen wie Mobiles Arbeiten oder Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle schneller in die Umsetzung zu bringen.

Digitalisierungsprämie verstetigen und ausbauen

Auch bei der internen Entwicklung von digitalen Konzepten und Infrastrukturen, etwa für unternehmensinterne Prozesse, Soft- und Hardwareanschaffungen sowie IT-Sicherheit, benötigen KMU Unterstützung. Die erfolgreiche Digitalisierungsprämie ist dafür ein passgenaues Instrument. Die Prämie ist gerade jetzt für kleine und kleinste Unternehmen wichtig und muss daher schnellstens aufgestockt und verstetigt werden. Auch sollte sie mit dem kommenden Bundesprogramm „Digital Jetzt“ verknüpft werden.

Unternehmen bei Datenerfassung und -nutzung weiter unterstützen

Digitalisierung lebt von Daten. Für die Erfassung der richtigen Daten und für die Auswertung und Bewertung großer Datenmengen fehlt vielen KMU oftmals noch die Erfahrung. Die Landesregierung sollte deshalb Angebote wie das „Smart Data Solution Center BW“ (SDSC), die KMU hier mit wissenschaftlichem Know-how und Recheninfrastruktur unterstützen, weiter fördern.

Stimme der Wirtschaft



Aktuell merken wir mehr denn je: Wer sein Unternehmen nicht im nötigen Maß digitalisiert, wird es zukünftig schwer am Markt haben – das schaffen aber nur wenige Betriebe allein. Daher muss die Politik stärker in digitale Kompetenzen und entsprechende Angebote für die Wirtschaft investieren.

Wolfgang Grenke, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender GRENKE AG, Präsident BWHK, Präsident IHK Karlsruhe

Forderungen



- Mittel und Projekte zum Kompetenzaufbau verstetigen und ausbauen
- Digitalisierungsprämie verstetigen und ausbauen
- Unternehmen bei Datenerfassung und -nutzung weiter unterstützen

Bekanntheitsgrad vorhandener Digitalisierungsangebote weiter steigern

Abhängig vom Digitalisierungsgrad benötigen KMU individuelle Unterstützung bei der Entwicklung von Digitalisierungsstrategien und digitalen Geschäftsmodellen. Hier brauchen sie unter anderem Zugriff auf „neutrales“ Expertenwissen außerhalb des eigenen Unternehmens. Der Bekanntheitsgrad von bereits vorhandenen Unterstützungsangeboten wie der „Allianz Industrie 4.0“, dem „Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Stuttgart“ oder dem „Business Innovation Engineering Center“ (BIEC) muss weiter gesteigert werden, um eine noch größere landesweite Wirkung zu erreichen.

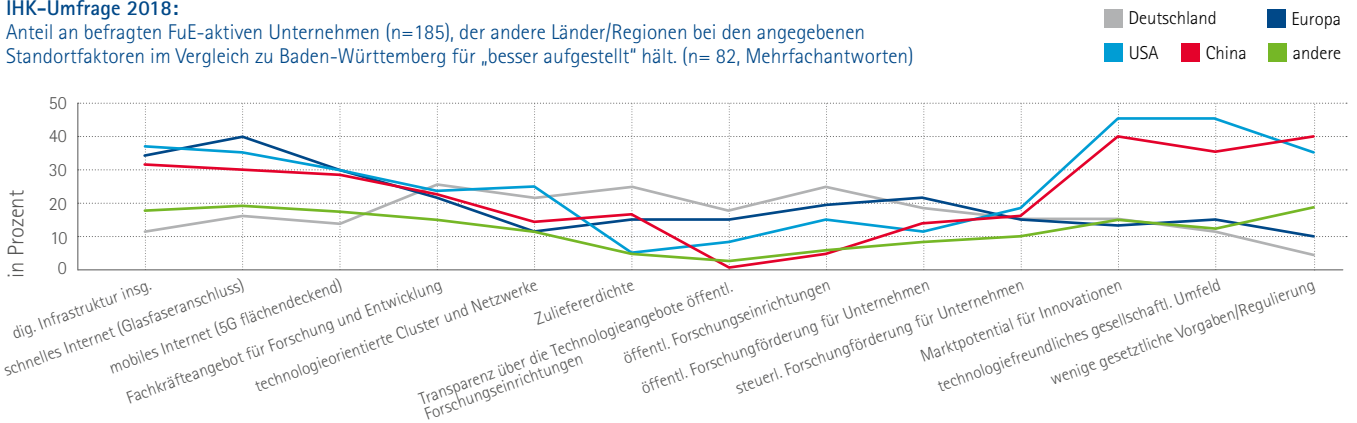
Standortbedingungen verbessern

Eine IHK-Umfrage zeigt: Ein Teil der FuE-aktiven Unternehmen sieht Europa und die USA beim schnellen Internet, beim mobilen Internet (5G) sowie bei der digitalen Infrastruktur insgesamt besser aufgestellt als Baden-Württemberg. Die digitalen Rahmenbedingungen, zum Beispiel der flächendeckende Ausbau mit schnellem Internet, muss weiter mit Nachdruck erfolgen. Sonst droht ein ernsthafter Standortnachteil.

Die zusätzlichen Investitionen und Aktivitäten, die der Bund im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets für den Breitbandausbau und ein flächendeckendes 5G-Netz bereitstellt und angeht, sind diesbezüglich zu begrüßen. Das Land muss auf eine zügige Umsetzung drängen.

IHK-Umfrage 2018:

Anteil an befragten FuE-aktiven Unternehmen (n=185), der andere Länder/Regionen bei den angegebenen Standortfaktoren im Vergleich zu Baden-Württemberg für „besser aufgestellt“ hält. (n= 82, Mehrfachantworten)



Quelle: BWIHK (Hrsg.) (Juni 2019) Studie: „Investitionen baden-württembergischer Unternehmen in Forschung und Entwicklung - Auswertung und Analyse einer Unternehmensbefragung der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern im Jahr 2018“

Vernetzung unterstützen – Transparenz erhöhen

Initiativen und Förderprogramme mit Ansprechpartnern gebündelt abbilden

Die Vielfalt bereits initiiertter Unterstützungsangebote für Unternehmen in den Bereichen Digitalisierung, Industrie 4.0 und KI erschwert zunehmend die Orientierung. Eine umfassende Übersicht für Unternehmen gibt es nach wie vor nicht. Die Landespolitik sollte daher eine „Metaplattform“ initiieren, die möglichst automatisiert und regelmäßig im Internet vorhandene und für Unternehmen relevante Informationen zu Förderprogrammen, Ansprechpartnern und „Mitmach-Projekten“ (Kooperationen) an einer Stelle zusammenführt.

IT-Sicherheit in KMU stärken

Unterstützungsangebote für IT-Sicherheit ausbauen, Cybersicherheitsagentur einbinden

Digitale Sabotage, Datendiebstahl und Spionage erzeugen wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Um Unternehmen bei Vorfällen schnell und zielgerichtet zu unterstützen, muss das Projekt „Cyberwehr“ aus der Region Karlsruhe schnellstmöglich flächendeckend im Land ausgerollt werden.

Die geplante Cybersicherheitsagentur des Landes muss die bestehende IT-Sicherheitslandschaft in Baden-Württemberg sinnvoll ergänzen. Daher sind eine genaue Abgrenzung zu bestehenden Landesinitiativen und -projekten wie der Cyberwehr sowie die Sicherstellung von Transparenz nötig. IT-Sicherheit ist kein Thema, welches für Baden-Württemberg spezifisch ist, daher sollte auch eine Einbindung der bundesweit verfügbaren Angebote sichergestellt sein. Die Agentur benötigt eine unique selling proposition (USP), welche über bestehende Angebote hinausgeht.

Ansprechpartner:

Dr. Stefan Senitz 0721 174-164 stefan.senitz@karlsruhe.ihk.de bw.ihk.de

Forderungen

- Bekanntheitsgrad vorhandener Digitalisierungsangebote weiter steigern
- Standortbedingungen verbessern

Forderung

- Initiativen und Förderprogramme mit Ansprechpartnern gebündelt abbilden

Forderung

- Unterstützungsangebote für IT-Sicherheit ausbauen, Cybersicherheitsagentur einbinden

Verwandte Positionen

- IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen
- Innovationskraft sichern
- Unternehmertum ganzheitlich denken und stärken

Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Seit vielen Jahren sehen baden-württembergische Unternehmen den Bürokratieabbau als dringliche Aufgabe der Politik auf Landes- wie Bundesebene an. Problematisch sind vor allem umfangreiche Aufzeichnungs- und Dokumentationspflichten sowie aufwändige Behördengänge. Dies belastet insbesondere kleinere und mittelgroße Unternehmen (KMU). Es besteht daher erheblicher Handlungsbedarf für die Landesregierung.

Der im Januar 2018 eingesetzte Normenkontrollrat Baden-Württemberg sowie die im Staatsministerium angesiedelte Aufgabe des Koordinators für Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung wird von der baden-württembergischen Wirtschaft begrüßt und unterstützt. Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt aber weitere Maßnahmen, wie z. B.:

- Umsetzungseffizienz steigern
- Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

Umsetzungseffizienz steigern

Bürokratische Hürden effizient und konsequent abbauen

Die Landespolitik sollte die Institution des Normenkontrollrates gesetzlich verankern und nach dessen Empfehlung verbindliche Ziele beim Bürokratieabbau mit klarer Messbarkeit festlegen. Die Wirtschaft fordert, mindestens ein verpflichtendes Arbeitsprogramm zum Bürokratieabbau in der kommenden Legislaturperiode vorzulegen. So wäre es beispielsweise hinsichtlich der „one-in-one-out“-Regel angebracht, diese darin nachvollziehbar in Anwendung zu bringen.

Es gilt, alle bestehenden Landesgesetze und alle künftigen Gesetzesvorlagen sowohl auf Landes- als auch Bundesebene auf ihre Angemessenheit und Praxistauglichkeit zu überprüfen. Die Praxistauglichkeit sollte an Einzel- und Kleinstunternehmen (EKU) gemessen werden, damit bürokratische Prozesse auch von den kleinsten Wirtschaftseinheiten einfach umgesetzt werden können. Ein landesweiter EKU-Pakt kann dafür als Grundlage dienen. Dabei sollen auch konkurrierende Vorschriften, die ein und denselben Sachverhalt regeln, ermittelt und aufgelöst werden. So können für die Unternehmen im Land übermäßige Kosten und bürokratische Hürden bereits vor der Schaffung neuer Regelungen erkannt und Vorschläge für bürokratieärmere Lösungen ausgearbeitet werden. Gerade durch die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben sich beispielsweise Dokumentations- und Informationspflichten der Unternehmen drastisch erhöht, die unbedingt auf das Notwendige zurückgeführt werden müssen. Zusätzlich sollten die flächendeckenden Schriftformerfordernisse in Verwaltungsverfahren gelockert oder für einen gewissen Zeitraum ausgesetzt werden.

Stimme der Wirtschaft



Wir wissen, wir können schlanke Prozesse. Wir müssen weiter daran arbeiten, den Aufwuchs an Bürokratie einzudämmen, damit die unternehmerische Arbeit in Produkte und Dienstleistungen fließen kann, anstatt im Ausfüllen von Formularen zu versickern.

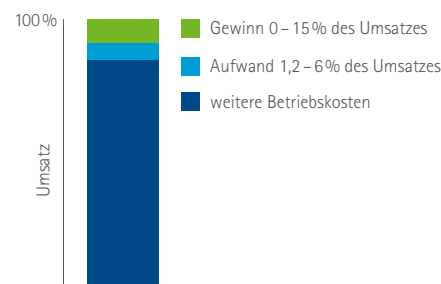
*Dr. Jan Stefan Roell,
Vorstandsvorsitzender ZwickRoell AG,
Präsident IHK Ulm*

Forderung



- Bürokratische Hürden effizient und konsequent abbauen

Jährlicher Aufwand an Bürokratie im Gastgewerbe als Anteil vom Gesamtumsatz (inklusive möglichem Gewinn) pro Unternehmen Pilotmessung



Quelle: DIHK (Herausgeber) (2020):
Bürokratiekosten und Erfüllungsaufwand für
Unternehmen im Hotel- und Gastgewerbe

Transparentes und wettbewerbsfähiges Steuersystem mitgestalten

Die baden-württembergische Wirtschaft braucht ein transparentes und (international) wettbewerbsfähiges Steuersystem. Dazu gehören neben Änderungen der materiell-rechtlichen Vorschriften und der Absenkung der Gesamtsteuerbelastung ein Abbau von Steuerbürokratie und der Ausbau digitaler Verfahren. Die Landespolitik sollte sich dafür einsetzen, dass Dokumentations-, Aufzeichnungs- und Nachweispflichten in allen Steuerarten, insbesondere in den Masseverfahren der Lohn- und Umsatzsteuer, auf ein verhältnismäßiges Maß reduziert werden. Eine Harmonisierung der Schwellenwerte im Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht ist anzustreben.

Zudem stehen die Unternehmen im Zuge der digitalen Transformation vor anspruchsvollen technischen Herausforderungen, deren Umsetzung hohe und langfristige Investitionen erfordert. Deswegen sollte die (Wieder-) Einführung der degressiven Abschreibung deutlich über 2021 hinaus gelten. Darüber hinaus ist eine deutliche Erhöhung der Grenze für die Sofortabschreibung bei geringwertigen Wirtschaftsgütern sinnvoll. Beides würde einen kräftigen Impuls - auch in der technologischen Ausstattung der Betriebe - bedeuten und alle Branchen stärken.

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben

Digitale Verwaltungsprozesse rasch einführen

E-Government Anwendungen sollten flächendeckend und schnell eingeführt werden, um behördliche Genehmigungs- und Verwaltungsprozesse zu vereinheitlichen, zu beschleunigen und transparenter zu gestalten. Die Landespolitik sollte ihre Plattform „service-bw“ und die Initiative „E-Government-Pakt“ umfassend dafür nutzen, um im Online-Portal behördliche Anträge und die jeweiligen verantwortlichen Stellen zu bündeln. Die Anschlussfähigkeit der kommunalen Verwaltungen an die Landes- und Bundesverwaltung muss sichergestellt und gefördert werden. Bei dieser Zunahme der Vernetzung steigen auch die Angriffsflächen für Hacker. Daher sollten alle Akteure auf hohe Sicherheitsstandards Wert legen.

Einheitliche Cybersicherheitsstrategie für das Land etablieren und umsetzen

Die Sicherheit der Daten muss zweifelsfrei gewährleistet werden, weshalb die höchsten Sicherheitsstandards im Cyberraum angewendet und stetig aktualisiert werden sollten. Die Etablierung und Umsetzung einer Cyberabwehr und Cybersicherheitsstrategie für das ganze Land ist somit Grundlage für die Digitalisierung der Verwaltung. Die Relevanz der Datensicherheit zeigt sich durch die stärkere Nutzung digitaler Anwendungen während der Corona-Pandemie. Es waren vermehrt Angriffe und Täuschungen in Zusammenhang mit dem Soforthilfeprogramm sowie durch Phishing-Mails in Unternehmen anzutreffen.







Mehrfachnutzung von Daten erleichtern und an zentralen Stellen bündeln

Zusätzlich können die Mehrfachnutzung vorhandener Daten und eine höhere Anwenderfreundlichkeit von E-Government-Angeboten die Betriebe in Baden-Württemberg enorm entlasten. So sollte beispielsweise bei Gewerbeanmeldungen das „once-only“-Prinzip angewandt werden, damit die einmalige Hinterlegung der Daten ausreicht. Dafür gilt es, die Antragsprozesse zu evaluieren, anzupassen und zu straffen, um beispielsweise effizienter und rascher eine Betriebsgründung vollziehen zu können.

Aus BWIHK-Sicht sollten Gründungen daher digital und innerhalb eines Tages möglich sein (Vorbild Skandinavien und Slowenien). Dazu bedarf es effizienter „one-stop“-Shops – etwa der Industrie- und Handelskammern –, die möglichst viele Anmeldungen und Genehmigungen an einer zentralen Stelle digital entgegennehmen, bündeln und Existenzgründer (Unternehmen) dabei inhaltlich umfassend beraten und fachkundig unterstützen können. Hilfreich ist hierbei der einheitliche Ansprechpartner in den Regionen. Der Datenaustausch (Führungszeugnis etc.) zwischen den IHKs und anderen Behörden muss durchlässiger und automatisiert realisiert werden, damit für Unternehmen die digitale Dividende klar erkennbar ist. Es gilt bei der Umsetzung die Erfahrungen aus dem „Soforthilfe Corona“-Prozess zu nutzen, um so die Entbürokratisierungsmaßnahmen, insbesondere mit Blick auf schlanke Prozesse, weiter zu optimieren.

Im Hinblick auf Dateneingabe und -austausch ist auch ein kompatibles Identitätsmanagement notwendig. Da Unternehmen, Personen und Kammern oftmals verschiedene digitale Identitäten haben können, gilt es direkt auch Möglichkeiten zu schaffen, wie die unterschiedlichen Identitäten über eine Authentifizierung auf einer Plattform verknüpft werden können. Dies muss bei der Grundauthentifizierung über Elster direkt mitkonzeptioniert werden. Ziel sollte eine einheitliche Benutzerverwaltung sein.

Ansprechpartner:

Dr. Andreas Kiontke  0711 2005-1519  andreas.kiontke@stuttgart.ihk.de  bw.ihk.de
 Jens Fröhner  0761 3858-240  jens.froehner@freiburg.ihk.de  bw.ihk.de

Forderung



- *Transparentes und wettbewerbsfähiges Steuersystem mitgestalten*

Forderungen



- *Digitale Verwaltungsprozesse rasch einführen*
- *Einheitliche Cybersicherheitsstrategie für das Land etablieren und umsetzen*
- *Mehrfachnutzung von Daten erleichtern und an zentralen Stellen bündeln*

Verwandte Positionen



- *Digitalisierung des Mittelstandes beschleunigen*
- *IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen*
- *Unternehmertum ganzheitlich denken und stärken*

Klimaschutz

gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die baden-württembergische Wirtschaft bekennt sich ausdrücklich zum Klimaschutz des Bundes und betrachtet ihn als wichtige Aufgabe. Ebenso bilden die Nachhaltigkeitsziele sowie das Pariser Abkommen maßgebliche Leitplanken des wirtschaftlichen Handelns im Land. Diese Ziele können jedoch nur erreicht werden, wenn für die Unternehmen neben Umweltverträglichkeit auch Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Richtig umgesetzt, kann Klimapolitik zusätzliche Impulse für nachhaltiges Wachstum leisten und klimafreundliche Innovationen erleichtern. Maßnahmen, um mit der Wirtschaft den Klimaschutz gemeinsam zu gestalten, sind:

- Global denken und handeln
- Innovationsfreundliches Umfeld schaffen
- Energieeffizienz gemeinsam mit der Wirtschaft voranbringen

Global denken und handeln

Internationale Abkommen und EU-Ziele als Maßstab setzen

Höchste Priorität bei neuen klimapolitischen Instrumenten sollte eine internationale Ausweitung und Abstimmung der Vorgehensweise haben, gerade auch bei ökonomischen Instrumenten wie Zertifikaten und Steuern. Dabei müssen Sekundäreffekte (wie z. B. gegenläufige Preissignale infolge von ungleichen Randbedingungen oder mögliche Abwanderungen) abgeschätzt und vermieden werden. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Verlässlichkeit und Langfristigkeit der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ordnungspolitische Maßnahmen und Regulierungen sind im Gegensatz zu steuerlichen Anreizen und direkten Fördermaßnahmen abzulehnen. Deshalb ist auch eine Verschärfung der Bundesziele auf Landesebene nicht sinnvoll, da dies die Wettbewerbsfähigkeit – insbesondere für energieintensive Betriebe – verzerrt und gefährdet.

CO₂-Bepreisung realistisch ausgestalten

Ein zielführendes Instrument kann zwar die geplante CO₂-Bepreisung sein. In seinem Vorschlag berücksichtigt der Gesetzgeber jedoch nicht in ausreichendem Maße die Notwendigkeit von Kompensationen. Diese sollten die Zusatzbelastungen für die Wirtschaft in Summe ausgleichen und damit helfen, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern.

Das nationale Handelssystem wird eine große Zahl von Unternehmen erheblich belasten. Die regionale Wirtschaft hat ohnehin im Bereich der Stromkosten bereits heute einen deutlichen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu anderen Nationen, unter anderem zum Nachbarn Frankreich. Zu diesen bestehenden Nachteilen des Wirtschaftsstandorts tritt ohne ausreichende Kompensation eine neue Belastung hinzu. Sollte es für den nationalen Emissionshandel keine ausreichende Kompensationsmöglichkeiten geben, konnte unter Umständen eine Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland (Carbon leakage) stattfinden.

Bei der kurzen Zeitspanne bis zur Einführung ist zu beachten, dass viele Unternehmen aufgrund mangelnder Alternativtechnologien ihr Verhalten nicht einfach an die Vorgaben anpassen

Stimme der Wirtschaft



Die Wirtschaft stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben zum Schutz des Klimas und der Anpassung an den Klimawandel. Dazu führt sie vielfältige Initiativen und Projekte durch, um die Erreichung der Klimaschutzziele konstruktiv zu unterstützen.

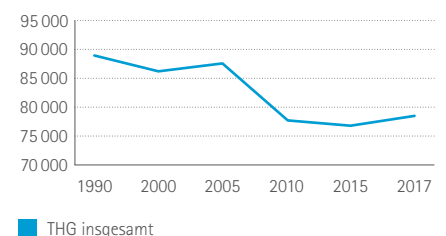
Dr. Steffen Auer, Geschäftsführer Schwarzwald-Eisenhandel GmbH & Co. KG, Präsident IHK Südlicher-Oberrhein

Forderungen



- Internationale Abkommen und EU-Ziele als Maßstab setzen
- Praxisgerechte und effiziente Überwachung gewährleisten
- CO₂-Bepreisung realistisch ausgestalten

Treibhausgasemissionen insgesamt in Baden-Württemberg (1 000 t CO₂-Äquivalente)



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2019)



IHK

Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

können. Dies gilt unter anderem für die Bereitstellung von Prozesswärme, die Verbrennung kohlenwasserstoffhaltiger Abfälle oder für die Nutzung von Treibstoffen im Fern-Lkw-Verkehr. Betriebe können den anstehenden Kosten des CO₂-Preises nicht ausweichen, weil hier alternative Technologien gänzlich fehlen oder nicht wirtschaftlich darstellbar sind. Es entstehen also erhebliche Mehrkosten in allen Branchen, die der internationale Wettbewerb so nicht zu tragen hat. Die direkte Belastung der Wirtschaft übersteigt die geplante Entlastung über die EEG-Umlage deutlich. Vor allem diejenigen Unternehmen, die nicht so sehr von der EEG-Umlagereduzierung profitieren, werden überproportional belastet. Weitere Kostensprünge in den Jahren 2026 und danach sind im Gesetz angelegt. Ob die EEG-Umlage mit dem steigenden CO₂-Preis über 2023 hinaus weiter abgesenkt wird, ist unklar. Gerade in diesem kritischen Umfeld benötigen die Unternehmen Entscheidungssicherheit. So sollten neue Instrumente zur CO₂-Bepreisung nur mit angemessenem Vorlauf und einem für mehrere Jahre im Voraus kalkulierbaren Entwicklungspfad eingeführt werden. Auch unter Berücksichtigung vorgesehener Fördermittel zur CO₂-Minderung in Unternehmen bleibt das deutliche Missverhältnis von Be- und Entlastung bestehen.

Innovationsfreundliches Umfeld schaffen

Innovationspolitik als Schlüssel für den Klimaschutz stärken

Eine innovationsfreundliche Politik ist erforderlich, da die Stärke Baden-Württembergs ganz wesentlich auf Forschung und Entwicklung und der Einführung neuer innovativer Technologien beruht. Innovationen stellen deshalb einen wesentlichen Schlüssel für mehr Klimaschutz dar. Umwelttechnologie kann zu einem Exportschlag werden.

Innovationsprogramme für Unternehmen wie die Forschungsförderung sollten weiter gestärkt werden, damit die Unternehmen innovativ bleiben beziehungsweise werden und gleichzeitig genug Mittel generieren, um gegebenenfalls genutzte Liquiditätskredite zurückzahlen zu können.

Einen klaren Fokus auf KMU richten

KMU profitieren besonders von Umweltinnovationen. Es gilt daher, insbesondere KMU in ihrer Innovationskraft zu unterstützen und entsprechende Förderprogramme gezielt auszubauen. Deshalb empfiehlt die Wirtschaft, dass sich das Land beim Bund in Bezug auf die steuerliche Forschungsförderung weiter dafür einsetzt, die bislang vorgesehene maximale Fördersumme von 500 000 € pro Unternehmen und Wirtschaftsjahr zu erhöhen. Auch die erfolgreichen Innovationsgutscheine des Landes sollten ausgebaut und verstetigt werden, um so besonders bei KMU Klimaschutzpotentiale zu heben. Bei der Ausgestaltung der angedachten Klimaschutzstiftung sollte ein Fokus auf der Förderung von umwelt- und klimafreundlichen Innovationen liegen. Dadurch könnten relevante Instrumente gebündelt und gefördert werden, die Breitenwirkung entfalten.

Energieeffizienz gemeinsam mit der Wirtschaft voranbringen

Energieeffizienzmaßnahmen marktorientiert erschließen und fördern

Ein wichtiger Baustein zum Klimaschutz ist eine effiziente Energienutzung. Effizienzpotentiale in Industrie und Gewerbe sowie im Gebäudebereich lassen sich am besten marktorientiert erschließen und realisieren. Akteure sollten durch positive Anreize zu individuell angepassten Energieeffizienzmaßnahmen veranlasst werden. Dagegen sind absolute Einsparziele problematisch, da sie an technische Grenzen stoßen und die Maßnahmen zur Zielerreichung stets auch wirtschaftlich tragbar sein müssen.

Der ganz überwiegende Teil der Unternehmen in Baden-Württemberg beschäftigt sich mit Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Energieeffizienz. Dazu tragen auch die Energiescouts bei, ein BWIHK-Projekt mit Auszubildenden, die Energieeinsparpotentiale in Betrieben aufdecken. Einzelne Unternehmen verpflichten sich freiwillig zu ambitionierten Zielen. Dennoch werden weitere Einsparpotentiale von der überwiegenden Anzahl der Unternehmen laut aktueller Umfrage hauptsächlich als gering gesehen.

Neben der Einsparung von Energie ergreifen Unternehmen zahlreiche weitere Maßnahmen mit dem Fokus Klimaschutz. Über die Hälfte richtet ihre Angebote auf klimaschonende Produkte und Dienstleistungen aus. Fast ebenso viele nutzen Abwärme, versorgen sich zum Teil mit erneuerbaren Energien, wechseln auf CO₂-ärmere Energieträger oder beziehen Ökostrom, bzw. planen dies zu tun. Auch Elektromobilität und alternative Antriebe spielen eine zunehmende Rolle.

Ansprechpartner:

André Oliveira-Lenz  0761 3858-260  andre.oliveira-lenz@freiburg.ihk.de  bw.ihk.de

Forderungen



- *Innovationspolitik als Schlüssel für den Klimaschutz stärken*
- *Einen klaren Fokus auf KMU richten*

Forderung



- *Energieeffizienzmaßnahmen marktorientiert erschließen und fördern*

Verwandte Positionen



- *Energieversorgung: sicher und bezahlbar*
- *Innovationskraft sichern*
- *Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten*

IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Eine BWIHK-Umfrage zeigt: Ein Teil der forschungs- und entwicklungsaktiven Unternehmen sieht Europa und die USA beim schnellen Internet, beim mobilen Internet (5G) sowie bei der digitalen Infrastruktur insgesamt besser aufgestellt als Baden-Württemberg. Eine Infrastruktur, die leistungsfähige Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ermöglicht, ist daher zentrale Voraussetzung für den Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft im zunehmend digitalisierten globalen Wettbewerb. Unternehmen im Land muss es möglich sein, eine modernen Geschäftsmodellen und -prozessen angemessene Breitbandversorgung mit geringen Ausfallzeiten und vertretbaren Preisen zu erhalten. Die Wirtschaft im Land benötigt hohe Übertragungsgeschwindigkeiten, um Industrie-4.0-Lösungen, Cloud- und Streaming-Anwendungen wie eHealth, Smart Energy, Telemedizin oder digitale Verwaltungsprozesse anzuwenden. Dazu gehört auch ein lückenloses Mobilfunknetz. Auch hier ist dringender Handlungsbedarf – insbesondere im ländlichen Raum – notwendig. Die Corona-Krise machte deutlich, wie wichtig es ist, die digitalen Infrastrukturen als Basis einer funktionierenden Volkswirtschaft endlich umfassend in den Vordergrund der politischen Arbeit zu rücken und wie wichtig ein gesamtheitliches Vorgehen dabei ist. Ziel muss ein digitales Ökosystem sein, in dem Unternehmen aller Branchen und Größenklassen erfolgreich agieren können. Der BWIHK fordert die Landesregierung daher auf, folgende Maßnahmen zeitnah umzusetzen:

- Festnetz-Breitbandausbau weiter forcieren
- Leistungsfähigkeit des Mobilfunknetzes verbessern

Festnetz-Breitbandausbau weiter forcieren

Fördervoraussetzung anpassen und konsistenten Investitionsrahmen schaffen

Der technologische Fortschritt führt dazu, dass Unternehmen immer mehr Daten übertragen, die höhere Up- und Download-Geschwindigkeiten erfordern. Gewerbegebiete, Mischgebiete sowie Kerngebiete müssen daher prioritär und zeitnah mit Glasfaser ausgebaut werden. Die Landesregierung hat mit ihrer Studie aus dem Jahr 2018 einen ersten Grundstein gelegt. Nun gilt es, durch belastbare Finanzierungszusagen und einer langfristigen Strategie zum koordinierten Ausbau, einen verlässlichen Investitionsrahmen zu schaffen.

Die sogenannte „Aufgreifschwelle“ ist Fördervoraussetzung für Breitbandausbauaktivitäten und bremst vielfach notwendige Projekte. Die Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s gibt die minimale Übertragungsleistung in einem Gebiet an, ab deren Unterschreiten der Breitbandausbau wegen Unterversorgung förderfähig ist. In der Praxis finden sich immer Teilgebiete mit weit überdurchschnittlicher Versorgung, an denen eine Förderung scheitern könnte.

Daher sollte der flächendeckende Glasfaserausbau ohne Aufgreifschwelle das Förderziel sein. Bei Erhalt der Regelung muss die Aufgreifschwelle signifikant erhöht werden. Gleichzeitig gilt es, das „DigiNetz-Gesetz“ konsequent anzuwenden, um den Breitbandausbau weiter zu

Stimme der Wirtschaft



Wir müssen mutiger auf den technischen Fortschritt setzen und die höheren Übertragungskapazitäten rasch bereitstellen, damit wir sie nutzen können, um unser Land zukunftsfest zu machen und die Wirtschaft im globalen Digitalisierungswettbewerb zu stärken.

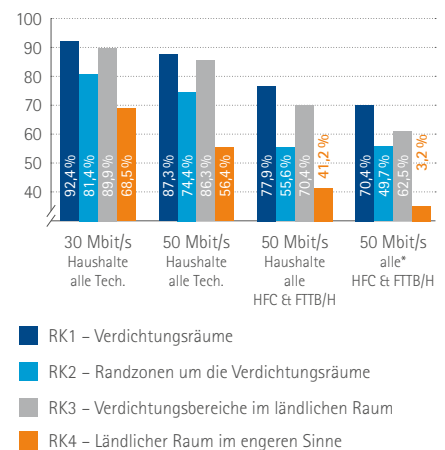
Christian O. Erbe, Geschäftsführer Erbe Elektromedizin GmbH, Vizepräsident BWIHK, Präsident IHK Reutlingen

Forderung



- Fördervoraussetzung anpassen und konsistenten Investitionsrahmen schaffen

Aktuelle Breitbandverfügbarkeit in Baden-Württemberg



* d. h. Haushalte, Unternehmen und Institutionen

Quelle: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg (2018): Evaluation zur Weiterentwicklung der Breitbandförderung in Baden-Württemberg

beschleunigen. Eine Priorisierung beim Netzausbau ist dabei wichtig. Unternehmensstandorte sollten demnach zuerst an das Glasfasernetz angeschlossen werden, damit innovative Anwendungen überall in der Fläche möglich sind.

Eigenwirtschaftlichen Ausbau unterstützen und Landesförderung fortsetzen

Ein effektiver Netzausbau erfordert übergreifende Planung – über verschiedene Infrastrukturen und Verwaltungsebenen hinweg. Der leitungsgebundene und der funkbasierte Ausbau müssen gesamtheitlich in den Blick genommen werden, denn Glasfasernetze sind Voraussetzung für leistungsfähige Mobilfunkverbindungen. Darüber hinaus sollten Synergien beim Ausbau der verschiedenen Versorgungsnetze gehoben werden. Die Landesregierung sollte unter Einbeziehung aller Anbieter einen Masterplan für den gesamtheitlichen Netzausbau aufsetzen, um kostengünstig und in einem angemessenen Zeitraum eine bedarfsgerechte Versorgung mit digitalen Infrastrukturen sicherzustellen. Das Land muss aber vorrangig den eigenwirtschaftlichen Ausbau unterstützen. Bei Marktversagen soll weiterhin das etablierte Verfahren der Landesförderung (in Zusammenarbeit mit dem Bundesprogramm) zur Verfügung stehen. Die Clearingstelle Digitale Infrastruktur für den Ländlichen Raum, das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sind aufgefordert, ihre gute Arbeit in noch engerer Zusammenarbeit fortzusetzen und die Verfahren zu verkürzen.

Alternative Verlegetechniken im Tiefbau nutzen

Die Landesregierung muss die Probleme im Tiefbau entschärfen. Zeit- und Kosteneinsparungspotentiale durch den Einsatz alternativer Verlegetechniken (Micro- und Nanotrenching, Überlandverlegung, Verlegung in Brauchwasserrohren etc.) sollen konsequent genutzt werden. In Zeiten von Home-Office und Telemedizin darf hier keine Zeit verloren werden.

Leistungsfähigkeit des Mobilfunknetzes verbessern

Ausbau von 5G-Netzen aktiv unterstützen und Lückenschluss forcieren

Durch die 5G-Technik mit geringeren Sendereichweiten werden deutlich mehr Sendeanlagen (Microcells) benötigt. Eine schnelle Verbreitung kann daher nur gelingen, wenn frühzeitig 5G-Standorte gefunden werden. Das Land muss zusammen mit den Kommunen und den Mobilfunkanbietern dazu beitragen, dass Genehmigungsprozesse vereinfacht und beschleunigt sowie öffentliche Antennen-Standorte (z. B. Ampeln, Laternen, kommunale/landeseigene Liegenschaften etc.) bedarfsnah zur Verfügung gestellt werden.

In der öffentlichen Diskussion um Strahlengrenzwerte und Antennenstandorte muss die Landespolitik eine aktive Rolle spielen. Die Bedenken in der Bevölkerung hinsichtlich einer möglichen höheren Strahlenbelastung müssen ernst genommen und Informationen über Risikoabschätzung und Schutzmaßnahmen aktiv kommuniziert werden. Gleichzeitig muss klar gemacht werden, dass eine leistungsfähige 5G-Infrastruktur, die die Wirtschaft für ihre nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit benötigt, nicht ohne einen Ausbau der Netze möglich sein wird.

Der Entscheidungsprozess um den 5G-Ausbau muss vom Land moderiert werden. Die von der Landesregierung gestarteten Vermittlungsbemühungen zwischen Kommunen und Landkreisen und den in Baden-Württemberg tätigen Mobilfunkbetreibern müssen fortgesetzt und intensiviert werden.

Das Land muss sich für den Übergang zu 5G auch für den schnellen Lückenschluss im 4G und 3G Netz einsetzen.

5G-Campusnetze im Aufbau unterstützen

5G-Campusnetze können dabei helfen, insbesondere in der Industrie eigene Infrastrukturen aufzubauen. Das Land sollte über das Angebot informieren und untersuchen, ob hier Förderungen möglich sind. Auch kleinere Unternehmen müssen mitgenommen werden. Der Aufbau regionaler Campusnetze – etwa in Gewerbegebieten mit kleinen Unternehmen – sollte geprüft werden.

Ansprechpartner:

Thorsten Schwäger  07121 201-234  schwaeger@reutlingen.ihk.de  bw.ihk.de

Forderungen



- *Eigenwirtschaftlichen Ausbau unterstützen und Landesförderung fortsetzen*
- *Alternative Verlegetechniken im Tiefbau nutzen*

Forderungen



- *Ausbau von 5G-Netzen aktiv unterstützen und Lückenschluss forcieren*
- *5G-Campusnetze im Aufbau unterstützen*

Verwandte Positionen



- *Bürokratie abbauen und Verwaltung digitalisieren*
- *Gesundheitswirtschaft voranbringen*
- *Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten*

Energieversorgung: sicher und bezahlbar

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die Energiewende beinhaltet ambitionierte Ziele für die künftige Energieversorgung und -nutzung: Bis 2050 sollen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und Verringerung von Energieverbrauch die CO₂-Emissionen drastisch sinken. Voraussetzung ist eine leistungsfähige Infrastruktur für Erzeugung, Transport und Speicherung. Wichtigstes Ziel ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Die Kosten hierfür können durch einen funktionierenden EU-Energiebinnenmarkt reduziert werden. Als kritische Infrastruktur muss die Energieversorgung jederzeit gewährleistet bleiben und darf auch durch den Kohleausstieg nicht gefährdet werden. Auch muss die Energiepolitik für alle Unternehmen in den verschiedenen Sektoren des Energiesystems einen langfristigen und verlässlichen Rahmen für Investitionen und strategische Entscheidungen setzen. Die dafür notwendige Maßnahmen sind:

- Ausbau der Energieinfrastruktur vorantreiben
- International wettbewerbsfähige Preise herstellen
- Eigenenergieerzeugung stärken

Ausbau der Energieinfrastruktur vorantreiben

Stromnetzausbau und intelligente Verteilnetze zügig umsetzen

Nahezu jede unternehmerische Tätigkeit benötigt eine jederzeit sichere Energieversorgung. Baden-Württemberg wird absehbar und zunehmend von erheblichen Stromimporten abhängig bleiben. Wir brauchen daher den Windstrom von den ertragreichen Standorten aus dem Norden und damit den Stromnetzausbau. Besser wäre jedoch, den Stromnetzausbau europäisch zu denken, mit leistungsfähigen, länderübergreifenden Strukturen. Die Landesregierung muss für einen zügigen Ausbau auch Informationsbarrieren in der Bevölkerung abbauen und Akzeptanz fördern. Gutes Beispiel hierfür ist der SuedLink-Dialog.

Ebenso wichtig für die Energiewende ist der Verteilnetzausbau mit intelligenten Netzen, um die Einspeisung und Nutzung erneuerbarer Energien im großen Stil zu ermöglichen. Der rasche Umbau zu intelligenten Netzen sollte von der Landespolitik durch den Einsatz für bessere regulatorische Rahmenbedingungen unterstützt werden.

Neue Technologien und Infrastrukturen fördern

Speichertechnologien sind ein weiterer wichtiger Baustein. Um deren Ausbau zu forcieren, sind regulatorische Rahmenbedingungen, z. B. bei der EEG-Umlage, so zu gestalten, dass ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist.

Baden-Württemberg muss seine Spitzenstellung als Energieforschungsstandort ausbauen. Vor allem bei Speicher- und Wasserstofftechnologien und deren Systemeinbindung sowie bei intelligenten Energienetzen und der Sektorkopplung.

Auch die Gasinfrastruktur gilt es weiterzuentwickeln, um die Potentiale von Power-to-X zu erschließen.

Stimme der Wirtschaft



Eine belastbare Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist eine Grundvoraussetzung für unseren Wirtschaftsstandort. Hinzu kommen viele Fragezeichen bei der Energiewende. Wir brauchen eine Energieinfrastruktur, die den zukünftigen Herausforderungen gewachsen ist.

Wolfgang Grenke, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender GRENKE AG, Präsident BWHK, Präsident IHK Karlsruhe

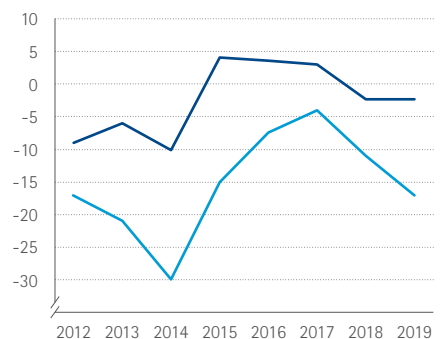
Forderungen



- Stromnetzausbau und intelligente Verteilnetze zügig umsetzen
- Neue Technologien und Infrastrukturen fördern

Energiewendebarometer 2019

Beurteilung der Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.



- Baden-Württemberg gesamt
- Baden-Württemberg Industrie

Die Berechnung der Barometerwerte erfolgt anhand der Skala -100 (sehr negativ), -50 (negativ), 0 (neutral), +50 (positiv), +100 (sehr positiv) und ist das gewichtete Mittel daraus.

Quelle: Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag (2019): DIHK-Energiewendebarometer. Umfrage 2019. Ergebnisse aus Baden-Württemberg.

International wettbewerbsfähige Preise herstellen

Staatsanteil am Strompreis senken

Die Strompreise für deutsche Mittelständler zählen im europäischen und internationalen Vergleich zu den höchsten. Die Deckelung der EEG-Umlage begrenzt deren weitere Erhöhung, allerdings drohen Steigerungen auch bei anderen Strompreisbestandteilen, wie beispielsweise den Netzentgelten. Die Politik hat unmittelbaren Einfluss auf den Staatsanteil am Strompreis und ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Strom im internationalen Maßstab bezahlbar bleibt. Auch eine Senkung der Stromsteuer kann dazu beitragen. Die Landespolitik sollte sich im Sinne des Wirtschaftsstandortes auf Bundesebene dafür einsetzen.

Schutz vor Carbon Leakage

Das nationale Emissionshandelssystem für Brennstoffemissionen stellt eine nationale Zusatzbelastung für die hiesigen Unternehmen dar. Diese benötigen Zeit zur Anpassung. Dazu gehört ein wirksamer Schutz vor Carbon Leakage für energie- und außenhandelsintensive Unternehmen durch Kompensation der Belastung. Gegebenenfalls sind zusätzliche Ausnahmeregelungen insbesondere für KMU notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Eigenerzeugung stärken

Bürokratische Hürden bei Eigenenergieversorgung abbauen

Der Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten ist für viele Unternehmen erwägenswert. Tatsächlich befasst sich gut die Hälfte der Unternehmen in Baden-Württemberg mit dem Aufbau eigener Energieversorgungskapazitäten – und dies konstant bereits seit Jahren. Damit reduzieren die Betriebe den Importbedarf beim Strom und tragen zur Versorgungssicherheit bei. Allerdings nehmen bürokratische Hemmnisse zu, z. B. durch Abgrenzungs- und Meldepflichten, während die Rentabilität bspw. durch Belegung des eigenerzeugten Stroms mit EEG-Umlage abnimmt. Es gilt, Abgrenzungs- und Meldepflichten zu vereinfachen und die Unternehmen von der EEG-Umlage bei eigenerzeugtem Strom zu befreien.

Forderungen



- Staatsanteil am Strompreis senken
- Schutz vor Carbon Leakage

Forderung



- Bürokratische Hürden bei Eigenenergieversorgung abbauen

Verwandte Positionen



- Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten
- Klimaschutz gemeinsam mit der Wirtschaft gestalten
- IKT-Infrastruktur bedarfsgerecht ausbauen

Ansprechpartnerin:

Linda Jeromin 0721 174-265 linda.jeromin@karlsruhe.ihk.de bw.ihk.de



Verkehrswege ausbauen und erhalten

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Basis für den Erfolg der exportorientierten baden-württembergischen Wirtschaft sind leistungsstarke Verkehrswege – am Standort selbst und zu den Absatzmärkten und Zulieferern, insbesondere in den europäischen Nachbarländern. Ein leistungsfähiges Netz von Straßen und Schienenwegen bildet außerdem das Rückgrat, über das Pendler tagtäglich zu ihrem Arbeitsplatz gelangen.

Der Ausbau und die Stärkung von Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr, sind daher elementar, um das weiter steigende Verkehrsaufkommen zu bewältigen und Lieferketten einzuhalten. Ein gut ausgebauter kombinierter Verkehr entlastet den Straßenverkehr und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Luftreinhaltung. Insbesondere in den ländlichen Regionen sind innovative ÖPNV-Konzepte gefragt. Der BWIHK fordert daher die Landesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Straßen und Brücken sanieren und ausbauen
- Schienenwege erweitern und elektrifizieren
- Kombinierten Verkehr und Wasserwege verzahnen und stärken
- Luftverkehr nachhaltig stärken

Straßen und Brücken sanieren und ausbauen

Mittel für Straßenbau verstetigen und Planungskapazitäten ausbauen

Die baden-württembergische Wirtschaft fordert, die Ausgaben für Neu- und Ausbau sowie Erhaltung landeseigener Straßen und Bauwerke mindestens auf dem Niveau von 220 Mio. € zu verstetigen. Darüber hinaus müssen die Planungskapazitäten in den Bauverwaltungen weiter erhöht werden. So kann dauerhaft der Finanzierungsbedarf im Landesstraßenbau gedeckt werden, um beispielsweise dringend benötigte Umgehungsstraßen und Ausbaumaßnahmen aus dem Generalverkehrsplan des Landes umzusetzen.

Insbesondere müssen Lückenschluss-Projekte schnell vorangetrieben werden, um das Straßennetz zu vervollständigen und damit die Funktionalität insgesamt zu erhöhen. Die Umsetzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss beschleunigt werden.

Schaffung von Lkw-Parkplätzen fördern

In Baden-Württemberg sind die Stellplatzkapazitäten an Bundesfernstraßen für Lkw erschöpft. Hier müssen dringend neue Stellplätze sowie Unterkunfts- und Sanitärmöglichkeiten für Lkw-Fahrer geschaffen werden. Landesseitig könnten für Kommunen an dieser Stelle Investitionsanreize gesetzt werden.

Stimme der Wirtschaft



Damit Logistik- und Lieferketten reibungslos funktionieren, damit Pendlerverkehre und Kundenströme ungehindert an ihre Ziele kommen, brauchen wir klare und rasche sowie zukunftsorientierte Entscheidungen der Politik für den Verkehrsausbau.

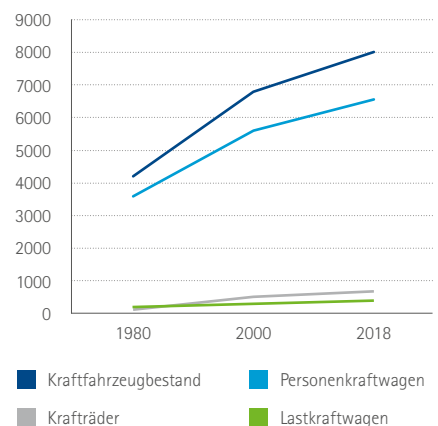
*Manfred Schnabel,
Präsident IHK Rhein-Neckar*

Forderungen



- Mittel für Straßenbau verstetigen und Planungskapazitäten ausbauen
- Schaffung von Lkw-Parkplätzen fördern

Straßenverkehrsnutzung 1990–2018



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2019)
Datenquelle: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg und eigene Modellrechnungen

Schienenwege erweitern und elektrifizieren

Verstärkter Einsatz für Schienenprojekte im Bundesverkehrswegeplan 2030 und für den Ausbau von Nebenstrecken

Die Wirtschaft im Land fordert, sich nachhaltig und konsequent für die Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgesehenen Schienenprojekte sowie für den Ausbau weiterer Nebenstrecken einzusetzen. Der BWIHK unterstützt das Vorhaben, die Bahnstrecken umfassend zu elektrifizieren. Schließlich können so Verbindungen im Einzugsgebiet urbaner Ballungsräume leichter in das S-Bahn-Netz integriert und durchgehende Verbindungen im Fern- und Regionalverkehr ermöglicht werden. Dies leistet einen erheblichen Beitrag zur Luftreinhaltung und zur attraktiven Erschließung ländlicher Räume.

Forderung



- Verstärkter Einsatz für Schienenprojekte im Bundesverkehrswegeplan 2030 und für den Ausbau von Nebenstrecken

Kombinierten Verkehr und Wasserwege verzahnen und stärken

Bedarfsgerechten Ausbau des kombinierten Verkehrs und der Wasserstraßen vorantreiben

Multimodale Logistikzentren an den Binnenhäfen tragen wesentlich zu einer Verlagerung der Transporte auf das Binnenschiff bei. So entlasten sie unmittelbar die landgebundenen Verkehrsträger Straße und Schiene. Der Vor- und Nachlauf sollte auch auf Schienennebenstrecken, die vorwiegend vom Personenverkehr genutzt werden, ermöglicht werden; wenn nötig auch durch zusätzlichen Infrastrukturausbau, wie z.B. Überholgleise bzw. Überholabschnitte. Die Wirtschaft fordert den bedarfsgerechten Neu- und Ausbau von Terminals des kombinierten Verkehrs.

Niedrigwasserperioden führen zu unkalkulierbaren und unzuverlässigen Transportabläufen in der Binnenschifffahrt und in der gesamten Logistikkette. Die Wirtschaft erwartet vom Land Unterstützung beim Anliegen, die Fahrinnen bedarfsgerecht anzupassen.

Forderung



- Bedarfsgerechten Ausbau des kombinierten Verkehrs und der Wasserstraßen vorantreiben

Luftverkehr nachhaltig stärken

Faire Wettbewerbsbedingungen für regionale Flughäfen

Die baden-württembergische Wirtschaft fordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Flughafeninfrastruktur im Land, faire Wettbewerbsbedingungen für die regionalen Flughäfen und die dauerhafte Gewährleistung der geltenden Betriebszeitenregelung.

Forderung



- Faire Wettbewerbsbedingungen für regionale Flughäfen

Verwandte Positionen



- Internationalisierung vorantreiben
- Tourismus weiter ausbauen
- Industriepolitik: Wertschöpfungsketten erhalten

Ansprechpartner:

Artin Adjemian 0621 1709-230 artin.adjemian@rhein-neckar.ihk24.de bw.ihk.de



Berufliche Bildung stärken

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die Unternehmen in Baden-Württemberg brauchen eine starke berufliche Bildung, um ihre Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft mit top-qualifizierten Fachkräften sichern zu können. Die duale Berufsausbildung genießt in Baden-Württemberg ein hohes Ansehen. Daran hat auch die Corona-Pandemie grundsätzlich nichts geändert. Allerdings hat die Corona-Krise deutliche Spuren auf dem Ausbildungsmarkt hinterlassen. Zur Stabilisierung und für eine starke berufliche Bildung ist mittelfristig – mit Blick auf demografischen Wandel, Globalisierung, Digitalisierung und veränderte Bildungswege – eine ganzheitliche und nachhaltige Bildungspolitik erforderlich.

Vier Handlungsfelder müssen zur Stärkung der Nachwuchsgewinnung für die Wirtschaft von der baden-württembergischen Landespolitik dringender stärker angegangen werden:

- Image der beruflichen Bildung stärken
- Bildungsinhalte modernisieren
- Masterplan gegen Fachkräftemangel
- Bildungsmöglichkeiten erweitern

Image der beruflichen Bildung stärken

Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen

Die Landesregierung sollte sich zur Stärkung der dualen Ausbildung bekennen und entsprechend handeln. Die berufliche Bildung muss als echte Alternative zu Abitur und Studium in der Gesellschaft verankert werden. Sie muss in allen Schulen und durch die Politik auch so vermittelt werden, damit sämtliche Karrierechancen in der Wirtschaft allgemein bekannt und sichtbar sind.

Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung forcieren

Die Landesregierung muss sicherstellen, dass die Berufsschulen personell und sachlich so ausgestattet sind, dass sie die duale Ausbildung in den Betrieben jederzeit professionell unterstützen und bedarfsgerecht ergänzen können. Dem chronischen Lehrermangel muss abgeholfen werden und ortsnahe Berufsschulangebote müssen erhalten bleiben.

Alle Schulen sollten flächendeckend und ihrem Bedarf entsprechend zeitgemäß auf technisch aktuellem Stand ausgestattet und eine administrativ-technische Betreuung an der Schule bereitgestellt werden. Insbesondere müssen digitale Lernplattformen und digitale Medien unmittelbar und verstärkt in den Schulalltag integriert werden. Erfahrungswerte aus der Corona-Zeit sollten bei der Umsetzung genutzt werden.

Stimme der Wirtschaft



Als Unternehmerin profitiere ich direkt von der dualen Ausbildung, weil sie mir passgenau qualifiziertes Personal für die Zukunft sichert.

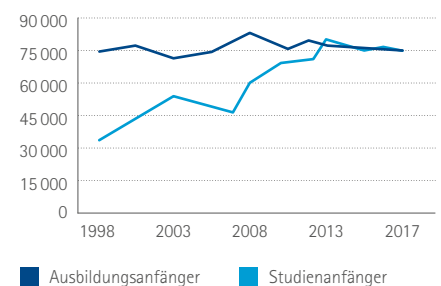
Marjoke Breuning, geschäftsführende Gesellschafterin Maute-Benger GmbH, Vizepräsidentin BWHK, Präsidentin IHK Region Stuttgart

Forderungen



- Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herstellen
- Technisch moderne und flächendeckende berufliche Bildung forcieren

Ausbildungs- und Studienanfänger, 1998 – 2017
Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und Studienanfänger in Baden-Württemberg



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Bildungsinhalte modernisieren

Entrepreneurship stärker verankern

Unternehmerisches und nachhaltiges Denken müssen als Querschnittsthemen in allen Bildungsinstitutionen und auf allen Bildungsstufen frühzeitig verankert werden.

Lehrpläne regelmäßig anpassen

Die Häufigkeit der Überprüfung und Anpassung von Lehrplänen und betrieblichen Ausbildungsordnungen sollte erhöht werden, um stets aktuelles und praxisnahes Wissen zu vermitteln. Dabei sind auch digitale Lehrinhalte und Lernmethoden unverzüglich umzusetzen.

Masterplan gegen Fachkräftemangel

Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss reduzieren und Integration stärken

Jeder Schüler muss entsprechend seines Leistungsvermögens bestmöglich gefördert, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss auf ein Minimum reduziert und die Ausbildungsreife verbessert werden.

Der Zugang zu Bildung und Chancen zur echten Integration sollten allen Bevölkerungsschichten zugänglich sein. Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund müssen gleiche Bildungschancen ermöglicht werden.

Interesse für technische Fächer fördern und Lehrkräfte qualifizieren

Das Interesse für technische Fächer sollte frühzeitig geweckt und gefördert werden, um dem im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) besonders ausgeprägten Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Um die Übergänge von der Schule ins Berufsleben zu verbessern, muss die Qualifikation von Lehrkräften an die immer komplexer und abstrakter werdenden Anforderungen – vor allem auch in Bezug auf digitale Veränderungen – stetig angepasst werden.

Bildungsmöglichkeiten erweitern

Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter bewerben

Die Durchlässigkeit im Bildungssystem muss stärker bekannt gemacht werden, um auch die Premiumprodukte der Höheren Berufsbildung bekannter zu machen.

Berufliche Bildung eröffnet und ebnet allen Bewerberpotentialen passgenaue und zielgerichtete Wege für erfolgreiche Berufskarrieren – unabhängig von deren Leistungsstärke, persönlicher Lebenssituation oder bisherigen formellen Bildungsleistungen. Diese Stärke einer „Karriere mit Lehre“ und entsprechenden Weiterbildungen gilt es, gezielt zu fördern und auszubauen.

Forderungen



- *Entrepreneurship stärker verankern*
- *Lehrpläne regelmäßig anpassen*

Forderungen



- *Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss reduzieren und Integration stärken*
- *Interesse für technische Fächer fördern und Lehrkräfte qualifizieren*

Forderung



- *Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter bewerben*

Verwandte Positionen



- *Berufliche Weiterbildung in den Fokus rücken*
- *Fachkräfte sichern*
- *Wissenschaftsstandort stärken*

Ansprechpartnerin:

Andrea Bosch 0711 2005-1246 andrea.bosch@stuttgart.ihk.de bw.ihk.de

Berufliche Weiterbildung in den Fokus rücken

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Obleich Baden-Württemberg bei der Weiterbildungsbeteiligung im Vergleich zu anderen Bundesländern einen guten Wert aufweist, sollte die Weiterbildung insgesamt einen noch größeren Stellenwert erhalten – vor allem mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen, welche die Digitalisierung mit sich bringt.

Praxisnahe und qualitativ hochwertige Weiterbildung ist aus Sicht der Unternehmen ein wichtiges Instrument, um auf aktuelle Fachkräfteengpässe zu reagieren und die Deckung des künftigen Fachkräftebedarfs proaktiv vorzubereiten. Die Landesregierung ist aufgefordert, diese Entwicklungen durch eine abgestimmte und zielgerichtete Weiterbildungspolitik aktiv zu begleiten:

- Digitale Qualifizierung stärken
- Höhere Berufsbildung wertschätzen
- Transparenz im heterogenen Weiterbildungsmarkt schaffen
- Bildungsträger gleich behandeln

Digitale Qualifizierung stärken

Gezielte öffentliche Weiterbildungsförderung

Die Herausforderung liegt zum einen in der Entwicklung neuer Weiterbildungskonzepte und neuer Lern- und Kommunikationsformen, zum anderen in der Innovationsfähigkeit der Träger selbst. Eine öffentliche Förderung durch Landesmittel sollte da zum Tragen kommen, wo es sinnvoll und notwendig ist. In der Corona-Krise haben Online-Angebote einen deutlichen Schub nach vorne bekommen. Die Digitalisierung der Lernwelten ist daher weiter voranzutreiben. Die förderrechtlichen Rahmenbedingungen sind auf neue Angebotsformen flexibel abzustimmen, wie z. B. das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) oder die ESF-Fachkursförderung.

Für eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur sorgen

Die Landesregierung sollte gemeinsam mit den Akteuren der Weiterbildung zügig für eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur und modern ausgestattete überbetriebliche Berufsbildungsstätten sorgen.

Stimme der Wirtschaft



Wir in Baden-Württemberg haben als wichtigste Ressource unsere „Kopfarbeit“ – Ideen und Innovationen, die auf guter, passgenauer Bildung fußen. Unsere Mitarbeiter sind dabei auf kontinuierliche Aus- und Weiterbildung angewiesen, besonders bei aktuellen Themen wie Digitalisierung und Internationalisierung.

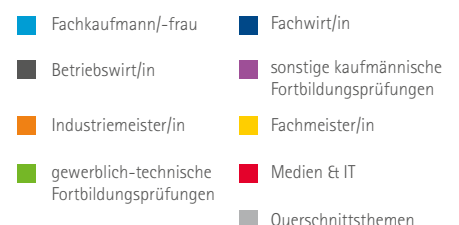
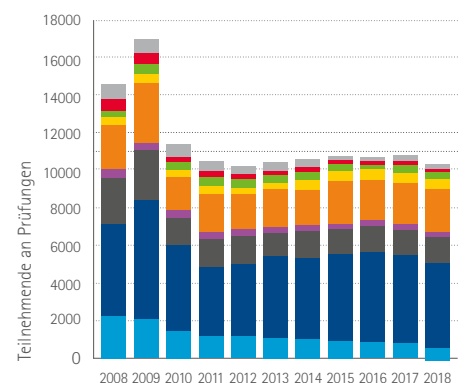
Christian O. Erbe, Geschäftsführer Erbe Elektromedizin GmbH, Vizepräsident BWiHK, Präsident IHK Reutlingen

Forderungen



- Gezielte öffentliche Weiterbildungsförderung
- Für eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur sorgen

Gesamtüberblick der Prüfungsteilnehmenden und deren Verteilung über die verschiedenen Bereiche der Höheren Berufsbildung in dem Zeitraum von 2008 bis 2018.



Quelle: DIHK (2019): Jahresstatistik Fort- und Weiterbildung

Höhere Berufsbildung wertschätzen

Aufstiegsbonus für erfolgreiche Weiterbildungen einführen

Der BWIHK-Fachkräftemonitor prognostiziert für die Zukunft insbesondere einen Mangel an beruflich Qualifizierten und weniger an akademisch Gebildeten. Die Landesregierung sollte die Leistungen der Menschen, die meist nebenberuflich einen IHK-Abschluss der DQR-Stufe 6 und 7 erreicht haben, besonders würdigen und mit den Meistern aus dem Handwerk gleichstellen. Daher sollten, wie in vergleichbaren Bundesländern bereits üblich, alle Absolventinnen und Absolventen der Höheren Berufsbildung nach erfolgreichem Abschluss eine finanzielle Anerkennung in Höhe von 1 500 Euro erhalten.

Lebenslanges Lernen medial unterstützen

Eine Informationskampagne des Landes darf sich nicht nur auf die Ausbildung fokussieren, sondern muss ganz im Sinne eines lebenslangen Lernens die berufliche Weiterbildung miteinbeziehen. Junge Menschen, die sich für eine Ausbildung entscheiden, benötigen bereits zu diesem Zeitpunkt transparente Entwicklungsmöglichkeiten in der Höheren Berufsbildung – und nicht nur Informationen zum Umstieg auf die akademische Laufbahn nach der Ausbildung.

Der Öffentlichkeit muss durch die Landesregierung stärker vermittelt werden, dass eine berufliche Bildung gleichwertig mit einer akademischen ist. Die BWIHK-Studie zur Bildungsrendite hat außerdem gezeigt: Der kumulierte Verdienst einer Person mit beruflicher Aus- und Weiterbildung liegt am Ende des Erwerbslebens fast gleichauf mit dem von jemandem mit Hochschulabschluss. Für eine Karriere mit Lehre muss aktiv geworben werden. Denkbar wäre eine gezielte Imagekampagne zur beruflichen Weiterbildung.

Transparenz im heterogenen Weiterbildungsmarkt schaffen

Durch Gesamtstrategie Übersichtlichkeit im Weiterbildungsmarkt herstellen

Mit über 1 400 Weiterbildungseinrichtungen und mehr als 40 000 Angeboten wird der Weiterbildungsmarkt in Baden-Württemberg als komplex und unübersichtlich wahrgenommen.

Durch zahlreiche landesgeförderte Initiativen – zur Transformation Automobil, Digitalisierung oder KI – kommen neue Weiterbildungsanbieter und -angebote auf den Markt. Diese neuen Angebote müssen durch eine bessere Abstimmung zwischen den Ministerien untereinander zu einer Gesamtstrategie verzahnt werden. Nicht zuletzt, um eine Doppelförderung zu vermeiden.

Bildungsträger gleich behandeln

Fördermittel fair verteilen – Verzerrung vermeiden

Die Landesregierung darf öffentliche Träger der Weiterbildung nicht durch Fördermittel in die Lage versetzen, den Markt der beruflichen Weiterbildung zu verzerren. Sie muss faire Markt- und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Weiterbildungsanbieter in der beruflichen Bildung sicherstellen. Dabei sollten Berufsschulen der dualen Ausbildung Priorität geben und Lehrkräfte nicht zu deren Nachteil für Weiterbildungsaktivitäten binden.

Weiterbildungsträger sollten, sofern sie ein solides Geschäftsmodell vor Corona hatten, im Nachgang finanziell unterstützt werden. Ziel sollte der Erhalt unseres breiten Weiterbildungsangebots sein. Auch sollte wettbewerbsverzerrenden Entwicklungen entgegengewirkt werden.

Forderungen



- Aufstiegsbonus für erfolgreiche Weiterbildungen einführen
- Lebenslanges Lernen medial unterstützen

Forderung



- Durch Gesamtstrategie Übersichtlichkeit im Weiterbildungsmarkt herstellen

Forderung



- Fördermittel fair verteilen – Verzerrung vermeiden

Verwandte Positionen



- Berufliche Bildung stärken
- Fachkräfte sichern
- Wissenschaftsstandort stärken

Ansprechpartnerin:

Petra Brenner [07121 201-262](tel:07121-201-262) [@brenner@reutlingen.ihk.de](mailto:brenner@reutlingen.ihk.de) [bw.ihk.de](https://www.bw.ihk.de)



Wissenschaftsstandort stärken

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Die baden-württembergischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wichtige Partner der Wirtschaft. Die Unternehmen profitieren von der exzellenten Forschungsstärke und der ausdifferenzierten Hochschullandschaft des Landes. Um diese Standortvorteile für Unternehmen zu erhalten und das Hochschulsystem an zukünftige Herausforderungen anzupassen, sind folgende landespolitische Maßnahmen notwendig:

- Studium und Lehre an Bedarfe der Wirtschaft anpassen
- Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung weiter erhöhen
- Third Mission ausbauen und stärken
- Digitalisierung als Chance

Studium und Lehre an Bedarfe der Wirtschaft anpassen

Arbeitsmarktnahe Vorbereitung innerhalb der Studiengänge

325 Ausbildungsberufen des dualen Systems stehen bundesweit mehr als 19 000 Studienabschlüsse gegenüber. Die Hochschulen sind gesetzlich aufgefordert, ihre Studierenden auf berufliche Tätigkeiten vorzubereiten. Die Bedarfe der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts müssen bei der Konzipierung und der Evaluierung von Studienangeboten stärker berücksichtigt werden. Ehren- und Hauptamt der IHKs sind bereit, sich an Evaluierungsverfahren und in Hochschulräten zu beteiligen.

Studium und Lehre müssen die Beschäftigungsfähigkeit von Absolventen dauerhaft sicherstellen. Praxisbezüge im Studium sind daher besonders wichtig. Zwar sind 80% der HAW-Absolventen mit den Praxisbezügen (sehr) zufrieden, über alle Hochschularten hinweg ist jedoch jeder achte Studienabbruch mit mangelndem Praxisbezug begründet. Bundesweit beurteilen Studierende die vermittelte Beschäftigungsfähigkeit zunehmend schlechter: 2017 wertete nur jeder Vierte die Vermittlung als (sehr) stark, 2010 hatte sich immerhin noch jeder Dritte so geäußert. Studierenden aller Fachrichtungen müssen daher frühzeitig im Studienverlauf verpflichtende arbeitsmarktrelevante Praxiserfahrungen ermöglicht werden.

Mehr MINT-Fachkräfte erfolgreich ausbilden

Das Defizit an qualifizierten MINT-Fachkräften (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) wirkt sich zunehmend nachteilig auf die regionale Wertschöpfung aus. Neue Studienplätze zu schaffen, ist nicht ausreichend: Hochschulen und Wissenschaftspolitik müssen ihre Anstrengungen, mehr MINT-Studierende zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen, verstärken und nachhaltig stellen.

Wissenschaftliche Weiterbildung praxisorientiert ausbauen

Falls die wissenschaftliche Weiterbildung ausgebaut werden soll, darf der Kapazitätsbedarf nicht zu Lasten der übrigen wirtschaftsbezogenen Aufgabenfelder der Hochschulen gehen. Die IHKs fordern außerdem, dass bei einem Ausbau die Durchlässigkeit mit der beruflichen Weiterbildung und inhaltliche Kooperationsmöglichkeiten im Sinne eines konsequenten Praxisbezugs unbedingt mitbedacht werden müssen.

Stimme der Wirtschaft



Bildung ist der Schlüssel zum unternehmerischen Erfolg. Besonders an Hochschulen sollte das erworbene Wissen stärker in unternehmerische Praxis münden, um so die Innovationskraft des Landes über eine „next generation hidden champions“ ausbauen zu können.

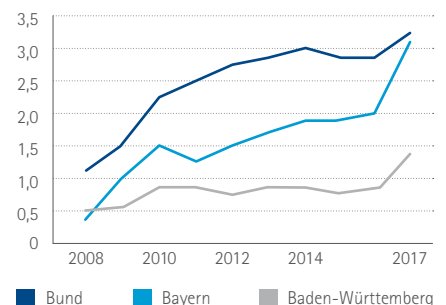
Christian O. Erbe, Geschäftsführer Erbe Elektromedizin GmbH, Vizepräsident BWIHK, Präsident IHK Reutlingen

Forderungen



- Arbeitsmarktnahe Vorbereitung innerhalb der Studiengänge
- Mehr MINT-Fachkräfte erfolgreich ausbilden
- Wissenschaftliche Weiterbildung praxisorientiert ausbauen

Anteil (in %) beruflich qualifizierter Studienanfänger an allen Studienanfängern mit in Deutschland erworbener Hochschulzugangsberechtigung im Vergleich (Bundesgebiet, Bayern, Baden-Württemberg) 2008 bis 2017



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Angaben zu den Studienanfängern mit in Deutschland erworbener Zugangsberechtigung in: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): Tabellenanhang zur „Vorausberechnung der Anzahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger 2019–2030“.

Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung weiter erhöhen

Beruflich qualifizierte Studienanfänger stärker fördern

Wir wollen Jugendlichen möglichst viele Qualifizierungswege eröffnen. Wir unterstützen daher unter anderem die Anrechnungsdatenbank „andaba“ oder die Förderung des Übergangs vom ersten Hochschulabschluss in die Höhere Berufsbildung. Akuten Handlungsbedarf sehen wir mit Blick auf die beruflich Qualifizierten und deren Beitrag, den Praxisbezug im Studium zu erhöhen. Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer ist der Anteil beruflich Qualifizierter an den Studienanfängern in Baden-Württemberg deutlich geringer, wohl auch wegen der hohen Zahl örtlich zulassungsbeschränkter Studiengänge. Hochschulen und Wissenschaftspolitik müssen mehr Engagement zeigen, um den Anteil beruflich qualifizierter Studierender zu erhöhen. Auch eine Quotenregelung darf nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Third Mission ausbauen und stärken

Anwendungsorientierte Forschung ausbauen

Die exzellente baden-württembergische Forschungsstärke muss im internationalen und inner-deutschen Wettbewerb erhalten bleiben. Gleichzeitig muss der Transfer in die unternehmerische Praxis und Wertschöpfung erhöht werden. Anwendungsorientierte Forschung an den Landeshochschulen und an zusätzlichen außeruniversitären Einrichtungen zu Zukunftstechnologien wie beispielsweise KI muss ausgebaut und noch stärker gefördert werden.

Entrepreneurship nachhaltig und fachübergreifend in Lehre verankern

Neugründungen sind ein wichtiger Motor unternehmerischer Innovation. Besonders im Bereich von Gründungen aus der Hochschule heraus gibt es noch erhebliches Ausbaupotential. Hochschulen und Wissenschaftspolitik müssen verstärkt Anreize schaffen, um die Zahl von erfolgreichen Start-ups zu erhöhen und Gründen als Alternative zur abhängigen Beschäftigung nachhaltig zu verankern. Entrepreneurship muss systematisch und fachübergreifend in Studium und Lehre eingeführt werden.

Wir begrüßen, dass die Hochschulfinanzierungsvereinbarung II eine Verstärkung von überzeugenden Formaten der Förderlinien 1 und 2 des Landesprogramms „Fonds Erfolgreich Studieren in Baden-Württemberg“ vorsieht. Wir bedauern jedoch, dass die Förderlinie 3 zur „Gründungskultur“ nicht in diesen Prozess eingebunden wird. Auch hier sollten positiv evaluierte Projekte langfristig erhalten werden.

Digitalisierung als Chance

Digitalpakt für Hochschulen in Baden-Württemberg schließen

Die coronabedingten Beeinträchtigungen bedeuteten auch für die Hochschulen einen Digitalisierungsschub. Es lässt sich beobachten, dass eLearning-Prozesse zusätzlich an Fahrt gewinnen. Die umfangreichen Anpassungen in Studium und Lehre, aber beispielsweise auch der Hochschulverwaltung, sollten von Beginn an ressourceneffizient umgesetzt werden: also in hohem Maße kooperativ und hochschulübergreifend vernetzt. Die dafür notwendigen Mittel sollten als Investitionen in einen effizienteren Lehrbetrieb verstanden und zusätzlich zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung II zweckgebunden bereitgestellt werden. Beispielhaft dafür könnte der Digitalpakt Hochschule des Landes Hessen vom April 2020 sein.

Technologietransfer stärken

Unter der Bedingung, dass die Studiumsqualität gleich hoch bleibt (ideal sogar profitiert), sollten digitalisierungsbedingt frei werdende Kapazitäten im Bereich der Lehre für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und damit für die Third Mission-Aufgaben im Bereich Technologietransfer eingesetzt werden.

Dazu sollten für Hochschullehrende entsprechende Anreize gesetzt werden. Qualitativ hochwertige digitale Lehrkonzepte sollten mit Freiräumen für Transferprojekte honoriert werden, um in zentralen innovations- und wirtschaftspolitischen Feldern zum Technologietransfer beizutragen. Für diese Bereiche sollte im Rahmen eines bürokratiearmen Wettbewerbs die besten anwendungsorientierten Kooperationsvorhaben gefördert werden. Das Konzept sollte sich ausdrücklich auch an den akademischen Mittelbau richten.

Ansprechpartner:

Dr. Michael Vössing  07121 201-168  voessing@reutlingen.ihk.de  bw.ihk.de

Forderung



- *Beruflich qualifizierte Studienanfänger stärker fördern*

Forderungen



- *Anwendungsorientierte Forschung ausbauen*
- *Entrepreneurship nachhaltig und fachübergreifend in Lehre verankern*

Forderungen



- *Digitalpakt für Hochschulen in Baden-Württemberg schließen*
- *Technologietransfer stärken*

Verwandte Positionen



- *Berufliche Bildung stärken*
- *Berufliche Weiterbildung in den Fokus rücken*
- *Fachkräfte sichern*

Fachkräfte sichern

Impulse an die Landespolitik

Auf einen Blick

Das Fachkräfteangebot im Land geht kontinuierlich zurück: Im Jahr 2030 werden über 700.000 Fachleute weniger zur Verfügung stehen als heute. Das zeigt der BWIHK-Fachkräfte-monitor für Baden-Württemberg. Seit Jahren ist der Fachkräftemangel für viele Unternehmen ein wachsendes Problem. Zwar lies die Corona-Krise den Fachkräftebedarf der Wirtschaft in der Hochphase kräftig schrumpfen, doch wird er nach Überwindung der Krise wieder steigen. Mittel- und langfristig werden vor allem beruflich qualifizierte Fachkräfte fehlen. Die Landespolitik sollte daher folgende Maßnahmen unterstützen:

- Fachkräftepotentiale erschließen
- Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung ausweiten

Stimme der Wirtschaft



Wenn wir Fachkräfte sagen, dann meinen wir unausgesprochen immer auch Wachstum und Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, Zukunft und Lebensqualität. Um so mehr brauchen wir eine schlüssige Strategie, um uns diesen Standort- und Wettbewerbsvorteil zu erhalten.

Markus Maier, Geschäftsführender Gesellschafter C.F. Maier GmbH & Co KG, Präsident IHK Ostwürttemberg

Fachkräftepotentiale erschließen

Betreuungsmöglichkeiten auch über Quereinstieg ausbauen

Eine gute Ganztagsbetreuung auch nach dem Übergang der Kinder von der Kita in die Schule ist Voraussetzung dafür, dass sich Eltern weiter voll im Beruf engagieren können. Wichtig sind hierbei eine gute Abdeckung der Rand- und Ferienzeiten sowie gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen, damit Eltern den passenden Betreuungsplatz finden und auch bezahlen können.

Für den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten muss ausreichend Personal verfügbar sein. Fachkräfteengpässe in diesem Bereich strahlen sonst auf weitere Wirtschaftsbereiche negativ aus. Das Land sollte Möglichkeiten für einen Quereinstieg in die Kinderbetreuung prüfen und die Attraktivität des Berufs nicht nur monetär, sondern auch z. B. bei den Dokumentationspflichten wohlwollend prüfen.

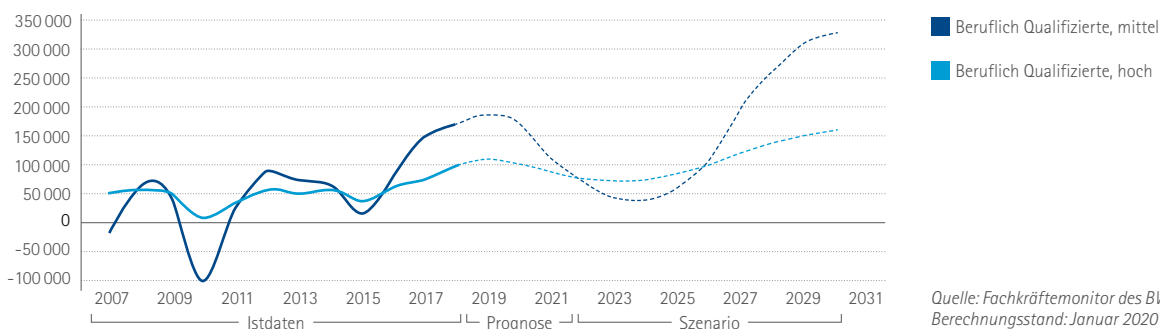
Forderung



- Betreuungsmöglichkeiten auch über Quereinstieg ausbauen

Fachkräftebedarf

Beruflich Qualifizierte, mittel und Beruflich Qualifizierte, hoch
in allen Branchen, Baden-Württemberg gesamt



Quelle: Fachkräftemonitor des BWIHK, Berechnungsstand: Januar 2020

Angehörigenpflege und Gesundheitsförderung unbürokratisch gestalten

Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wird für immer mehr Beschäftigte zu einer Herausforderung. Die Wirtschaft ergreift bereits im eigenen Interesse der Fachkräftesicherung zahlreiche Maßnahmen zur Umsetzung, die IHKs beraten hierzu. Gesetzliche Regelungen zur Pflege von Angehörigen, wie etwa Pflegezeit, dürfen aber nicht zu weiteren bürokratischen und finanziellen Lasten für die Wirtschaft führen.

Damit Ältere erwerbstätig bleiben können, sollte betriebliche Gesundheitsförderung unbürokratisch – etwa durch kostenlose Beratungsangebote – unterstützt und die Freiwilligkeit der Leistungen erhalten werden.

Wohnraum und attraktive Standortbedingungen fördern

Knapper Wohnraum insbesondere in den Ballungsgebieten erschwert den Zuzug von Fachkräften. Deshalb ist die Schaffung oder Förderung von zusätzlichem Wohnraum sowie ein attraktiver ÖPNV unverzichtbar.

Forderungen



- *Angehörigenpflege und Gesundheitsförderung unbürokratisch gestalten*
- *Wohnraum und attraktive Standortbedingungen fördern*

Arbeitsmarktorientierte Zuwanderung ausweiten

Unbürokratische Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Die baden-württembergische Wirtschaft braucht ausländische Fachkräfte. Nach den bereits erfolgten Gesetzesänderungen sollte sich die Politik nun für eine attraktive und transparente Ausgestaltung der Zuwanderung von Fachkräften einsetzen. Dazu gehört auch die Förderung einer Willkommenskultur, beispielsweise durch Einrichtung bzw. Unterstützung von Welcome-Centern sowie eine unbürokratische Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes.

Ermessensspielräume einheitlich und großzügig auslegen

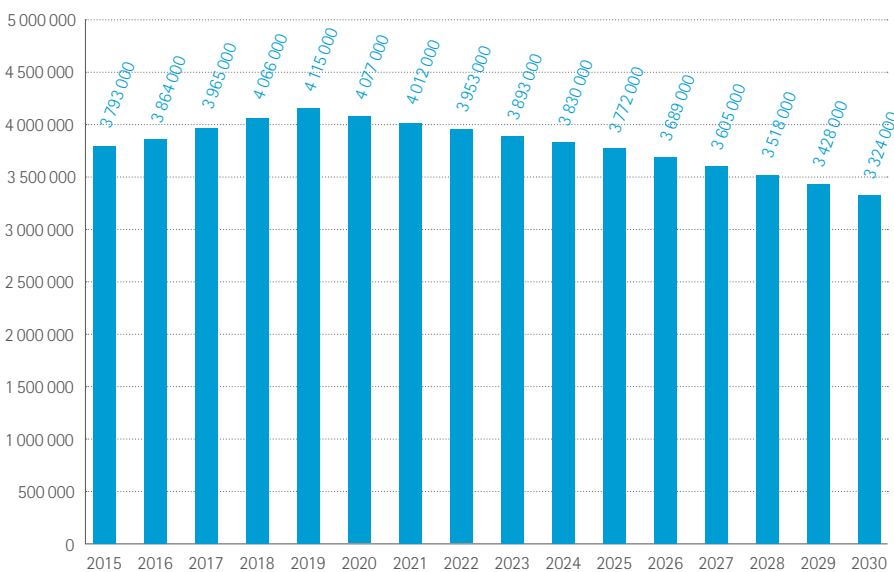
Beim Duldungsgesetz sollten mit Blick auf mehr gesicherte Bleibemöglichkeiten Ermessensspielräume einheitlich und großzügig ausgelegt werden. Auch die Regeln für die Ausbildungsduldung und den daran anschließenden Aufenthaltstitel sollten einheitlich und im Sinne der Wirtschaft ausgelegt werden. Zentrale Verfahren mit einheitlicher Anwendung rechtlicher Vorgaben und Bündelung von Kompetenzen in Verbindung mit Anlaufstellen vor Ort sind gegenüber rein dezentralen Varianten zu bevorzugen.

Forderungen



- *Unbürokratische Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetz*
- *Ermessensspielräume einheitlich und großzügig auslegen*

Fachkräfteangebot in Baden-Württemberg bis 2030
alle Fachkräfte



Quelle: IHK-Fachkräftemonitor, 2020

Verwandte Positionen



- *Berufliche Bildung stärken*
- *Berufliche Weiterbildung in den Fokus rücken*
- *Wissenschaftsstandort stärken*

Ansprechpartner:

Oliver Kreh 0711 2005-1221 @oliver.kreh@stuttgart.ihk.de bw.ihk.de


Impressum

Verleger und Herausgeber:

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e. V. (BWIHK)


Der BWIHK ist die Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg.

Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart

 0711 225500-60


 info@bw.ihk.de

 bw.ihk.de

 [@bwihk](https://twitter.com/bwihk)

Ansprechpartner:

Dr. Michael Alpert, Geschäftsführer

 michael.alpert@bw.ihk.de

Roland Müller-Grundschock, Leiter Politik

 roland.mueller-grundschock@bw.ihk.de

Susanne Kuch, Referentin Politik und Social Media

 susanne.kuch@bw.ihk.de

Gestaltung:

Ideenmuehle.com, Eckental

Bildnachweis:

Titel: Adobe Stock © aldorado

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Stand: Juni 2020



Wir sind für Sie da



Der BWIHK und die IHKs in Baden-Württemberg

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist die Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern im Land. Er bündelt die Interessen und ist politisches Sprachrohr für mehr als 650 000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft aus Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe. Auch im Bund und in Europa sowie gegenüber dem IHK-Gesamtdachverband in Berlin (DIHK) macht er seine Stimme geltend. Die zwölf Industrie- und Handelskammern (IHKs) sind in der gesamten Fläche des Landes mit regionalen Angeboten von A wie Ausbildung bis hin zu Z wie Zolldokumenten starker Partner für Unternehmen und deren Beschäftigte.